

# Protokoll

## Nr. 22

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

**Dienstag, 16. Dezember 2008**

14.00 - 19.00 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Stefan Hodel

Protokoll: Ruth Schorno

---

## Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 20 vom 28. Oktober 2008 und Nr. 21 vom 18. November 2008
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion der SVP-Fraktion vom 12. November 2008 betreffend Abschaffung der Schulsozialarbeit  
Überweisung
4. Finanzstrategie 2009 - 2013 der Stadt Zug  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1999 vom 28. Oktober 2008  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1999.1 vom 24. November 2008
5. Finanzplan 2009 - 2013  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2001 vom 4. November 2008  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2001.1 vom 24. November 2008
6. Budget 2009  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2000 vom 21. Oktober 2008  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2000.1 vom 24. November 2008
7. Interpellation Martin Eisenring, CVP, vom 16. Oktober 2008 betreffend Haltung des Stadtrates zum Areal Artherstrasse (ehemaliges Kantonsspital)

8. Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2008 betreffend Erhebung Zentrumsnutzen/-lasten und Kostenvergleich über alle Zuger Gemeinden  
Zwischenbericht des Stadtrates Nr. 1997 vom 28. Oktober 2008
9. Wahl des Büros 2009 - 2010:
  - 9.1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten
  - 9.2. Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten
  - 9.3. Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler
10. Mitteilungen

## **Eröffnung**

Ratspräsident Stefan Hodel eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Ratsmitglieder Susanne Giger und Rupan Sivaganesan; die übrigen 38 Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Stefan Hodel: Heute hat der Rat das Büro für die Jahre 2009 - 2010 zu wählen. Dazu gehört auch die Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten. Dieser Anlass verdient es, würdig begangen zu werden. Nach Schluss der heutigen Sitzung wird der Rat daher gemeinsam mit musikalischer Begleitung vom Regierungsgebäude in das Rathaus in der Altstadt ziehen, um dort noch einen Aperó einzunehmen.

Es liegt ein Antrag der Neuen Zuger Zeitung vor, während den heutigen Verhandlungen Fotos machen zu dürfen.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass kein Gegenantrag vorliegt, womit der Rat den Antrag für Fotos stillschweigend gutgeheissen hat.

## **1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 20 vom 28. Oktober 2008 und Nr. 21 vom 18. November 2008**

### **Zur Traktandenliste:**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Eintreten**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass keine Änderungsanträge gestellt werden. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

### **Zu den Protokollen Nr. 20 vom 28. Oktober 2008 und Nr. 21 vom 18. November 2008:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass im Protokoll Nr. 21 vom 18. November 2008 irrtümlich Ulrich Straub als Ratspräsident aufgeführt wird. Die Sitzung wurde aber unter der Leitung von Stefan Hodel geführt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass keine weiteren Berichtigungen eingereicht worden sind. Die Protokolle Nr. 20 vom 28. Oktober 2008 und Nr. 21 vom 18. November 2008 sind somit stillschweigend genehmigt.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Postulate

#### **Postulat der SVP-/CVP-/FDP-Fraktion betr. Einhaltung des Parteienproporz in der Einschätzungskommission für Grundstücksgewinne**

Mit Datum vom 19. November 2008 haben die Gemeinderäte Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion, Hugo Halter namens der CVP-Fraktion und Barbara Hotz namens der FDP-Fraktion folgendes Postulat eingereicht:

„Mit dem vorliegenden Postulat wird der Stadtrat aufgefordert, die neunköpfige Einschätzungskommission für Grundstücksgewinne (5 Mitglieder, 4 Ersatzmitglieder) ab sofort gemäss Wähleranteil im GGR zusammenzusetzen. Insbesondere wird der Stadtrat aufgefordert, die Kommission so zusammenzusetzen, dass jede im GGR mit Fraktionsstärke vertretene Partei mindestens mit einem Mitglied in der Kommission vertreten ist.

#### Begründung:

Die Einschätzungskommission für Grundstücksgewinne setzt sich heute aus 9 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern zusammen. 3 Mitglieder gehören der FDP an (Wähleranteil GGR 31,1 %), und je zwei Mitglieder Alternative-CSP (Wähleranteil GGR 21,2 %), der CVP (Wähleranteil GGR 17,1 %) und der SP (Wähleranteil GGR 15,5 %). Die SVP ist mit einem Wähleranteil im GGR von 13,8 % nicht in der Kommission vertreten. Dies ist erstaunlich, wurde die Kommission doch nach den Wahlen 2006 neu bestellt. Die SVP wurde seitens des Stadtrates nie angefragt, ob sie ein Mitglied in die Kommission schicken will. Parallelen zur Schulkommission und wohl noch weiteren Kommissionen, in denen die SVP vom Stadtrat stillschweigend links liegen gelassen wird, sind augenscheinlich. Inwieweit dies mit Absicht geschah, kann offen bleiben, jedenfalls verletzt die heutige Zusammensetzung klar den proportionalen Anspruch der SVP auf einen Sitz oder Ersatzsitz in der Kommission und ist somit willkürlich. Aufgrund des Wähleranteils muss der Sitz der SVP zu Lasten der SP gehen. Der Präsident der Stadtzuger SVP hat den Präsidenten der SP Stadt Zug mit e-mail vom 2. November angefragt, ob er freiwillig auf einen Sitz oder Ersatzsitz verzichten würde. Weil die Antwort des Präsidenten der SP negativ ausfiel, muss nun der parlamentarische Weg beschritten werden. Bei einer neunköpfigen Kommission ergibt sich ein Wähleranteil von 13,8 %, wie ihn die SVP bei den GGR-Wahlen 2006 erzielte, 1,224 Sitze, also mehr als einen Sitz. Der Wähleranteil der SP von 15,5 % ergibt 1,395 Sitze, also auch etwas mehr als einen Sitz, nicht aber zwei Sitze, wie die SP sie aktuell hat. Aufgrund der klaren Ausgangslage wird der Stadtrat höflich darum ersucht, die SVP Stadt Zug unverzüglich aufzufordern, ein Mitglied in die Einschätzungskommission für Grundstücksgewinne zu delegieren.“

## **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass das Postulat gemäss § 42b Abs. 1 GSO an der folgenden Ratssitzung zur Überweisung auf die Traktandenliste des GGR gestellt wird.

## **Interpellationen**

### **Interpellation Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion betr. Illegaler Party auf dem Galvanik-Areal**

Mit Datum vom 15. Dezember 2008 hat Gemeinderat Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„In der Nacht vom 8. November 2008 auf den 9. November 2008 wurde bekannterweise in der Galvanik eine illegale Party gefeiert. Bei dieser unbewilligten Aktivität auf dem abgesperrten Areal der Galvanik kam es in der Rolfe zu Ruhestörungen sowie Sachbeschädigungen. Die SVP-Fraktion stellt in diesem Zusammenhang nachfolgende Fragen und ersucht den Stadtrat um mündliche Beantwortung, für welche wir ihm bereits heute unseren Dank aussprechen:

1. Weshalb wurde vom Stadtrat nicht sofort eine Strafanzeige eingereicht, damit die Polizei das illegale Treiben hätte unterbinden können? (Gemäss Herr Peter Brändli, Sprecher der Zuger Strafverfolgungsbehörden, sei die Polizei nicht eingeschritten, weil keine Strafanzeige vorlag)
2. Wurde vom Stadtrat oder der IG Galvanik in der Zwischenzeit eine Strafanzeige gegen Unbekannt eingereicht? Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn nein, wird der Stadtrat als Baurechtsberechtigter auf dem Galvanik-Areal noch innerhalb der dreimonatigen Antragsfrist (Ablauf am 8. Februar 2009) einen Strafantrag stellen?
4. Nachdem sich der Freundeskreis Trümmertango zur Tat bekannt hat, wurde vom Stadtrat gegen dieselben eine Strafanzeige eingereicht? Wenn nein, warum nicht?
5. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass mit dem Freundeskreis Trümmertango keine Gesprächsbasis vorliegen kann, nachdem diese wiederholt illegal Partys in der Stadt Zug organisierten?
6. Was für Massnahmen hat der Stadtrat eingeleitet, damit sich solch ein Vorfall auf dem Areal der Galvanik nicht wiederholt?
7. Gibt es beim Stadtrat ein „Alarmierungssystem“, damit dieser in einem ähnlichen Fall eine sofortige Strafanzeige einreichen könnte, um so eine weitere illegale Party sofort aufzulösen?
8. Welches sind die Folgen sowie Erkenntnisse der Besetzung der Galvanik?
9. Ist mit zusätzlichen Kosten zur Sicherung des Gebäudes zu rechnen?
10. Ergeben sich aus dem Vorfall versicherungstechnische Änderungen bezüglich Haftung bei Unfällen oder einem erneuten Brandfall?
11. Welche Massnahmen zur Sicherung des Areals wurden vom Eigentümer in die Wege geleitet?
12. Welche Kosten ist der Eigentümer bereit zu übernehmen?

13. Gibt es in der Stadt Zug weitere, durch solche Besetzungen gefährdete leerstehende Gebäude der öffentlichen Hand?
14. Wie gedenkt der Stadtrat in Zukunft solche Besetzungen zu verhindern?“

Stadtpräsident Dolfi Müller teilt mit, dass der Stadtrat diese Interpellation an der nächsten ordentlichen Sitzung beantworten wird.

### **3. Motion der SVP-Fraktion vom 12. November 2008 betreffend Abschaffung der Schulsozialarbeit**

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 1015 f. des GGR-Protokolls Nr. 21 vom 18. November 2008.

Ratspräsident Stefan Hodel: Diese Motion kann der Rat überweisen. Für eine sofortige Behandlung sind die Stimmen von 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder nötig. Eine Nichtüberweisung ist im Gegensatz zu Postulaten nicht vorgesehen.

Karl Kobelt: Die FDP-Fraktion beantragt, diese Motion als dringlich zu erklären und sofort zu behandeln.

Urs B. Wyss: Es wird langsam zur Mode, Vorstösse abzukillern bevor sie überhaupt richtig zur Kenntnis und vom Stadtrat beantwortet worden sind. Das ist wenig demokratisch, gelegentlich verständlich. Aber im konkreten Fall handelt es sich wirklich um eine Aufgabe, die nach den Intentionen des Stadtrates in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden soll. Da kommt ein Vorstoss, diese zu killern geradezu im richtigen Moment, gibt er doch dem Stadtrat bei einer nächsten Vorlage im GGR die Möglichkeit, die Argumente nicht nur für die Weiterführung, sondern sogar für den Ausbau ausführlich darzulegen. Wer dagegen ist, kann die Motion heute killern. Es wäre aber tatsächlich das Falscheste, was man tun kann.

Patrick Steinle: „Zwei Seelen wohnen, ach, in unserer Brust!“. Die eine ist schlichtweg empört über die Motion, die dermassen gegen zentrale Grundwerte der Fraktion wie Chancengerechtigkeit, Prävention, Integration, Unterstützung von Bedürftigen und so weiter verstösst, dass eigentlich jedes Mittel Recht wäre, diesen Vorstoss so schnell wie möglich vom Tisch zu haben. Die andere Seele plädiert trotz allem für die politische Auseinandersetzung auch mit extrem unsinnigen Ansinnen, für den Respekt von parlamentarischen Minderheiten, gegen den Missbrauch der sofortigen Behandlung als verkappte Nicht-Überweisung von Motionen. Wenn sich Teile der Fraktion Alternative-CSP gegen eine sofortige Nichterheblicherklärung aussprechen, hat das nichts mit einer allfälligen Sympathie für das Anliegen der SVP zu tun. Wenn der Stadtrat die Möglichkeit erhält, zur Motion Stellung zu nehmen und die Vorteile der Schulsozialarbeit zu erläutern, geht vielleicht doch noch dem einen oder anderen SVP-Parlamentarier ein Lichtlein auf.

Martin Spillmann möchte die Feststellung von Urs B. Wyss unterstreichen. Es ist nicht das richtige Vorgehen, die Motion dringlich zu erklären und abzuschreiben. Das Büro wird ersucht, die längst angesagte Revision der GO endlich zu präsentieren. Der Rat will nicht über jeden Vorstoss diskutieren müssen und nicht jede Vorlage an den Stadtrat weitergeben. Es muss eine vernünftige Lösung bestehen, dass eine Motion nicht behandelt werden muss, sondern auch abgelehnt werden kann. In der Motion steht aber nicht, dass sich der Stadtrat erklären und seine Argumente darlegen soll, sondern mit

der vorliegenden Motion wird der Stadtrat zur baldmöglichen Aufhebung verpflichtet. Das unterstützt die FDP-Fraktion nicht, weshalb sie für die sofortige Behandlung und Nichterheblicherklärung ist.

Simone Gschwind: Auch die SP-Fraktion ist der gleichen Meinung wie Martin Spillmann, steht doch nichts zur Diskussion bezüglich Leistungen der Schulsozialarbeit, sondern es geht nur um die eigentliche Abschaffung. Es wäre wünschenswert, wenn die SVP-Fraktion etwas mehr Vorarbeit leisten und in ihren Motionen etwas offnere Texte wählen könnte, damit nicht von Anfang an klar ist, dass die betreffende Motion zugleich abgelehnt werden muss. Es wäre genug Material vorhanden gewesen, so z.B. im Internet unter [www.schulsozialarbeit.ch](http://www.schulsozialarbeit.ch), wo klar ersichtlich geworden wäre, dass die SVP vielleicht auch von einer ziemlich falschen Haltung zur Schulsozialarbeit ausgeht bzw. gar nicht weiss, was die Schulsozialarbeit überhaupt leistet. Die SP-Fraktion ist daher für die direkte Erledigung der Motion. Das Thema kann sicher diskutiert werden, jedoch hiefür stellt die Vorlage die falsche Basis dar.

Stadtrat Andreas Bossard: Der gesellschaftliche Wandel geht an der Schule nicht vorbei. Die Schule ist seit längerer Zeit mit sozialen Problemen konfrontiert, welche sie mit ihren Mitteln nicht mehr alleine zu lösen vermag. Deshalb wurde in der Stadt Zug bereits vor acht Jahren die Schulsozialarbeit ins Leben gerufen. Heute wird in der Stadt Zug in den Schulhäusern Loreto, Herti und Guthirt Schulsozialarbeit angeboten. Schulhäuser ohne das Angebot Schulsozialarbeit warten schon länger darauf, dass auch sie von der Schulsozialarbeit Unterstützung erhalten. Die Schulsozialarbeit hat sich sehr gut in den Schulhäusern integriert, und die Nachfrage ist gross. Auswertungen haben gezeigt, dass die Schulsozialarbeit auf eine hohe Akzeptanz bei der Lehrerschaft, den Kindern und Jugendlichen, aber auch bei den Eltern stösst. Aus Sicht des Schuldepartements und des Stadtrates gehört heute die Schulsozialarbeit zum Angebot einer modernen Schule. Die Erfahrung zeigt, dass Probleme an diesen Schulen sehr rasch und unbürokratisch angegangen werden, bevor die Konflikte eskalieren. Zudem ist es grundsätzlich Aufgabe der Schulsozialarbeiter, Konflikte früh zu erkennen und gemeinsam mit den Eltern, deren Kindern und der Schule geeignete Massnahmen zu beschliessen und durchzuführen. Allfällige Folgekosten und teure Sonderschullösungen können somit verhindert werden. Bei bestimmten Konflikten, beispielsweise Gewalt in der Familie oder Suchtproblemen, nimmt die Schulsozialarbeit eine wichtige Scharnierfunktion zwischen anderen Fachstellen, den Eltern und schlussendlich dem Kind oder dem Jugendlichen ein. Die Schulsozialarbeit verhindert somit unkoordinierte Einzelmassnahmen. Die Erziehungsverantwortung der Eltern wird mit der Schulsozialarbeit in keiner Weise ausgehebelt. Diese obliegt weiterhin den Eltern, auch wenn ihr Kind Beratung der Schulsozialarbeit beansprucht. Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ist komplexer geworden. Sie beim Erwachsen werden zu unterstützen, ist auch eine Aufgabe der Schule. Dass die Schule vermehrt mit psychosozialen Problemen konfrontiert ist, ist bekannt. Wie bereits erwähnt, sind diese mit den pädagogischen Mitteln nicht mehr zu bewältigen. Neben ihrer neutralen Rolle haben Schulsozialarbeitende eine spezifische Ausbildung für die Bearbeitung solcher Konflikte. Sie sind zudem mit sozia-

len Institutionen vernetzt und kennen deren Arbeitsweise und die Zugangswege. Wenn sowohl die Eltern mit ihren Kindern, die Schule und die Sozialarbeit gemeinsam nach Lösungen suchen, werden Synergien genutzt und die Chance auf gute und nachhaltige Lösungen erhöht. Es geht also nicht ums Delegieren der Erziehungsverantwortung. Die Schulsozialarbeit ist keine Abgabestelle für schwierige Fälle. Die Verantwortung für ihre Kinder bleibt immer bei den Eltern. Schulsozialarbeit kann sie aber dabei unterstützen. Gegenwärtig wird in den anderen Gemeinden des Kantons die Schulsozialarbeit über die ganze Schule eingeführt. 10 von 11 Gemeinden haben die Schulsozialarbeit bereits beschlossen oder eingeführt. In diesem Umfeld stellt die SVP mit ihrer Motion den Antrag, diese in der Stadt Zug abzuschaffen. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass dieses Begehren nicht vereinbar ist mit der gegenwärtigen Situation in den städtischen unseren Schulen. Der Stadtrat ist ebenfalls der Meinung, diese Motion sofort zu behandeln, nicht erheblich zu erklären und sie von der Liste abzuschreiben. Auch wenn der Rat heute die Motion überweist, wird der Stadtrat die Beibehaltung der Schulsozialarbeit beantragen und die Motion in dieser Richtung beantworten. Wenn die Motion heute sofort behandelt wird, erspart der GGR der Verwaltung zusätzliche Arbeit. Nochmals: Der Stadtrat steht voll hinter der Schulsozialarbeit, die seit acht Jahren erfolgreich an den Stadtschulen arbeitet.

Jürg Messmer: Warum wurde diese Motion eingereicht? Es ist der SVP sauer aufgestossen, dass die Sozialarbeit gerade in der Schule einen speziellen Stellenwert erhalten soll. Heute gibt es in der Stadt Zug bereits verschiedenste Stellen für Sozialarbeit. Wenn ein Kind am Wochenende ein Problem hat, ist die Schule geschlossen. An welchen Sozialarbeiter kann es sich dann wenden? Es geht hier um die Schulhäuser Herti und Guthirt. Im Herti geht es um die 1. bis 6. und im Guthirt um die 3. bis 6. Klasse. Es geht also um Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren. Genau bei diesen Kindern werden die Eltern bei der Problemlösung nicht zwingend einbezogen. Da erwartet die SVP-Fraktion vom Stadtrat einen genauen Bericht und Antrag. Wie dann das Resultat aussieht, zeigt sich spätestens in einem Jahr. Jürg Messmer ersucht daher seine Ratskolleginnen und -kollegen, die Motion heute nicht einfach dringlich zu erklären und abzuschreiben, sondern einen genauen Bericht und Antrag vom Stadtrat zu verlangen. Egal, wie die Motion geschrieben ist: jeder Bericht und Antrag, welcher der Stadtrat dem GGR vorliegt, gibt die Antwort Ja oder Nein. Unabhängig davon, ob mit der Motion die ersatzlose Aufhebung oder eine Änderung gefordert wird: Schlussendlich präsentiert der Stadtrat mit dem Bericht und Antrag seine Meinung. Über diese gilt es dann zu entscheiden. Jürg Messmer ersucht daher, die Dringlichkeit nicht zu gewähren.

Ratspräsident Stefan Hodel informiert, dass sich das Büro bereits an zwei Sitzungen mit dem Thema der Anpassung der GSO befasst hat. Im Januar wird daran weiter gearbeitet. Im Verlauf des Jahres 2009 wird dann ein Vorschlag auf dem Tisch liegen und im GGR behandelt werden können.

Martin Spillmann: Wenn man einen Bericht möchte, dann verlangt man diesen auch. Wenn eine Abschaffung erwartet wird, verlangt man eine Abschaffung. Wenn die Mo-

tionäre vom Rat erwarten, dass der Antrag auf Abschaffung überwiesen wird, in der Meinung, dass ein Bericht folgt, wird morgen in der Zeitung stehen, dass der Grosse Gemeinderat der Abschaffung zugestimmt hat. Das tut die FDP-Fraktion nicht. Das wäre der falsche Weg. Die SVP-Fraktion muss sich halt vorgängig genau Gedanken machen, was sie fordern möchte. Dazu hat der Rat mit einem Ja oder Nein zu beschliessen. Martin Spillmann ist im vorliegenden Fall dazu nicht bereit.

### **Abstimmung**

über den Antrag von Karl Kobelt, die Motion sofort zu behandeln:

Für die sofortige Behandlung stimmen 28 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 8 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass die notwendige 2/3-Mehrheit bei 37 anwesenden Ratsmitgliedern 25 Stimmen beträgt. Dieses ist bei einem Abstimmungsresultat von 28:8 Stimmen erreicht. Die sofortige Behandlung der Motion ist somit beschlossen.

Manuel Brandenburg macht beliebt, die Motion erheblich zu erklären. Es geht der SVP-Fraktion absolut nicht darum, querulatorisch aufzutreten. Die Motion ist begründet. Es ist auch nicht so, dass keine Argumente aufgeführt werden, warum die Schulsozialarbeit abgeschafft werden soll. Der Grundsatz, dass die Eltern für die Kinder verantwortlich sein sollen, ist gut. Kinder profitieren am besten, wenn sie bei den eigenen Eltern sind, und es nicht irgendwelche Drittpersonen sind, zu denen sie hinter dem Rücken der Eltern mit Problemen gehen können. Anschliessend ruft dann der Schulsozialarbeiter die Mutter an, welche vielleicht vorher gar nicht über das vorhandene Problem informiert war. Das führt sofort zu neuem Konfliktpotential in die Familie hinein, das gar nicht nötig ist. Das ist der Hintergrund der Motion. Der SVP-Fraktion geht es um eine Stärkung der Familie und nicht um eine Schwächung irgendwelcher gut ausgebildeter Personen. Aus diesem Grund wurde auch eine Motion gewählt. Gemäss Reglement kann der Stadtrat - wenn der Rat heute anders entschieden hätte - vorher einen Bericht und Antrag erstellen. Aufgrund dessen kann der Rat entscheiden. Aus diesen Gründen sollte die Erheblicherklärung beschlossen werden.

Karl Kobelt möchte nach den verschiedenen gehörten Argumenten noch einige anfügen, die gegen eine Erheblicherklärung der Motion sprechen: Elterliche Erziehungspflicht und Sozialarbeit an der Schule dürfen und können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind in keiner Weise als Konkurrenz, sondern als Ergänzung an der Schnittstelle zwischen Schule und Elternhaus zu verstehen. Die Lehrkräfte müssen von sozialen Fragen und Problemen ihrer Schülerinnen und Schüler, die sich immer häufiger stellen, dringend weiter entlastet werden. In Klassen mit Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten reichen die Heilpädagogen mit ihren kleinen Pensen nicht aus. Die Stossrichtung der Motion geht in Richtung der völligen Abschaffung der Sozialarbeit. Das führt entschieden zu weit. Das wäre das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die aktuellen Probleme in den Schulzimmern müssen ernst

genommen werden. Mit der Abschaffung der Schulsozialarbeit werden die Eltern nicht in die Pflicht genommen. Eltern, die ihre Erziehungsaufgaben nicht genügend wahrnehmen können oder wollen, brauchen die Unterstützung. Man darf die Augen nicht vor den gesellschaftlichen Entwicklungen verschliessen. Das ist man dem Bildungssystem schuldig. Aus diesen Gründen beantragt die FDP-Fraktion, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Monika Mathers: Eigentlich wäre es wunderschön, wenn das von Manuel Brandenburg aufgezeigte Elternbild noch immer bestände. Vermutlich bestanden aber gar nie nur perfekte Familien. Und sie bestehen auch sicher heute nicht mehr. So viele Familien verfügen über keine perfekten Eltern wie es Firmen und Gruppen gibt, die keine perfekten Chefs haben. Mit der Abschaffung der schulischen Sozialarbeit würden genau die Kinder ohne ideales Elternhaus, wo die Eltern die Erziehungspflicht wirklich ernst nehmen, bestraft. Das darf nicht sein. Genauso, wie sich eine Firma unterstützen und beraten lässt, darf sich auch die Schule dieses Recht nehmen. Monika Mathers möchte zudem dieses unbedingt notwendige Thema gar nicht breitschlagen. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn in der Stadt Zug nur schon über eine mögliche Abschaffung Gedanken gemacht würden.

### **Abstimmung**

über den Antrag für Erheblicherklärung:

Für die Erheblicherklärung stimmen 7 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 29 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 7:29 Stimmen den Antrag auf Erheblicherklärung abgelehnt hat. Die **Motion Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion betr. Abschaffung der Schulsozialarbeit ist somit nicht erheblich erklärt und kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

## 4. Finanzstrategie 2009 - 2013 der Stadt Zug

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1999

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1999.1

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat unterbreitet gemäss § 20 und § 21 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 die Finanzstrategie und den Finanzplan 2009 bis 2013 mit den Vorlagen Nummer 1999 und 2001. Diese umfassen die Ziele der zukünftigen Finanz- und Steuerpolitik, einen Massnahmenkatalog sowie Vorschläge zur Beeinflussung der zukünftigen Entwicklung. Der Inhalt des Finanzplans ist mit der Entwicklung der Laufenden Rechnung, zukünftigen Investitionen, Entwicklung der personellen Ressourcen, Aussagen zum Finanzbedarf und zur Vermögenslage sowie zu den Finanzierungsmöglichkeiten definiert.

Grundlagen zur Finanzstrategie sowie Finanzplan:

Auch der Stadtrat kann nicht in die Zukunft schauen, diese ist leider noch nicht geschrieben. Der Stadtrat hat aber mit dem Wissen aus der Vergangenheit und der aktuellen Situation verschiedene Szenarien entwickelt, um die Planjahre 2009 bis 2013 so realistisch wie möglich darzustellen. Was heisst dies nun im Klartext? Um sich einem möglichst realen Szenarium anzunähern, wurden mehrere worst case- aber auch best case-Aussichten gestaltet. Angenommene worst case-Erwartungen 2009 bis 2013 beinhalten eine tiefe, lange Rezession, welche die meisten Branchen vor Ort tangiert. Weitere Parameter sind steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, kumuliertes negatives Wachstum sowie mögliche Abgänge von sehr guten Steuerzahlenden oder Stagnation beim Bevölkerungswachstum und eine negative Entwicklung der Demografie. Rosiger sieht es beim best case-Szenarium aus, das mit einem guten wirtschaftlich kumulierten Wachstum rechnet und von einer geringen Arbeitslosenquote ausgeht. Weitere positive Parameter sind Zugänge von 1 bis 2 guten Steuerzahlern bei den juristischen Personen, gewichtige Zugänge bei den natürlichen Personen, Bevölkerungswachstum und steigende Schülerzahlen. Basierend auf der Finanzstrategie geht der Stadtrat deshalb beim eher realistischen Zukunftsszenarium im vorliegenden Finanzplan von einer weichen Depression aus. Dies bedeutet für 2009 ein leicht negatives Wachstum, 2010 ein Nullwachstum und danach rechnen wir mit einer moderaten Wachstumsquote, die im Ver-

gleich mit der Gesamtschweiz um rund 1 % höher liegen wird. Der Stadtrat geht in seinem Plan davon aus, dass sich eher Zu- als Abgänge von guten Steuerzahlenden ergeben werden und sich der vielfältige Branchenmix am Standort Zug im Vergleich zur Gesamtschweiz dämpfend auf die Einflüsse der Rezession auswirkt. Zusätzlich rechnet der Stadtrat mit einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 2-3 %, steigenden Schülerzahlen aber leider auch mit einer erhöhten Arbeitslosenquote. Die Stadt Zug wird ab 2009 antizyklisch hohe Investitionsvolumen auslösen. Trotz spürbarer Einbussen bei den Steuereinnahmen, verursacht durch die globale Finanzkrise und die Einführung des 2. Revisionspakets des Steuergesetzes des Kantons Zug, will die Stadt Zug ein hochstehendes Leistungsangebot anbieten. Um die anspruchsvolle Zukunft erfolgreich und gestärkt absolvieren zu können, hat der Stadtrat die Planjahre mit einem Steuerfuss von 70 % bei einem Rabatt von 3 % gerechnet. National und international wird dies eine attraktive Steuerbelastung darstellen, da die meisten Steuerhoheitsträger durch die drohenden Turbulenzen gezwungen sein werden, ihre Steuern massiv zu erhöhen. Der Stadtrat appelliert an die Vernunft der Legislative, bei der Rabattgewährung moderat vorzugehen. Jetzt ist eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat angesagt. Die Stadt Zug hat eine anspruchsvolle Zukunft vor sich und sollte deshalb sprichwörtlich das Pulver nicht zu schnell verschiessen. Die Stadt Zug will den Steuerzahlenden langfristig eine stabile Pyramide präsentieren und die Standbeine gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung sowie hochstehendes Leistungsangebot ausgewogen gestalten. Der Stadtrat ist überzeugt, mit den geplanten Massnahmen die anspruchsvollen zukünftigen Anforderungen erfolgreich bewältigen zu können.

Im Auftrag des Stadtrats ersucht Stadtrat Hans Christen, von der Finanzstrategie und vom Finanzplan 2009 - 2013 Kenntnis zu nehmen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Die Finanzstrategie ist ein Planungsinstrument des Stadtrates, weshalb sich der Rat sich hier nicht allzu gross über die Details auseinanderzusetzen hat. Wichtig ist hingegen, dass, falls Rahmenbedingungen ändern, entweder ein Zwischenbericht des Stadtrates folgt oder vielleicht sogar ein Statusbericht der aktuellen Lage zusammen mit der Rechnung zu erstellen ist. Vorsichtig bleiben, jedoch optimistisch die Herausforderungen annehmen, ist eine gute Art und Weise, wie eine Finanzstrategie für die städtische Finanzlandschaft geplant und in die Umsetzung geführt werden kann. Wichtig ist auch, dass bei der Nennung von Standortfaktoren nicht einfach nur die tiefen Steuern erwähnt sind. Wenn man von Schülerzahlen spricht, gilt es zu berücksichtigen, dass stetig steigende Schülerzahlen prognostiziert wurden. Seit rund 10 Jahren beträgt aber die Schülerzahl in der Stadt Zug gleich bleibend ca. 2'000 Schüler. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen.

Hans-Beat Uttinger glaubt es einfach nicht, dass die Stadt Zug 2008 CHF 33 Mio. und 2009 CHF 6 Mio. weniger Steuereinnahmen als 2007 ausweisen wird. Zug wird in einem halben Jahr mehr Steuerreserven haben als heute. Das war schon vor einem halben Jahr so. Es fragt sich, wieso in wirtschaftlich schwierigen Zeiten 20 % der Steuerausgleichsreserven tiefgefroren werden. Das sind immerhin CHF 40 Mio., also fast die Hälfte des

jetzigen Stands von CHF 90 Mio. Diese können besser für Steuersenkungen eingesetzt werden, und zwar jetzt. Es fragt sich auch, wo die Kosten-/Nutzenanalysen 2005 über sämtliche Departemente geblieben sind. Wie erfolgt deren Umsetzung? Wo sind Programmorganisationsfragen, wo sind die Optimierungsmöglichkeiten? In diesem Bereich der Personalkosten wären mit Sicherheit noch Optimierungs- und Sparmöglichkeiten vorhanden. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion die Finanzstrategie ablehnend zur Kenntnis.

Hugo Halter: Das neue Finanzhaushaltgesetz des Kantons Zug, welches nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Gemeinden gilt, verpflichtet in § 20 alle Exekutivbehörden, von Zeit zu Zeit, also nicht alljährlich, neben der herkömmlichen Finanzplanung auch eine Finanzstrategie zu erstellen. Damit wird bezweckt, dass auch richtig langfristige Überlegungen angestellt werden und ein finanzpolitisch gestaltender Wille zum Ausdruck kommt. Die Gemeinden verfügen bezüglich der Einnahmenseite über eine im Vergleich zum Kanton bescheidene Gestaltungsfreiheit. Denn während der Kanton mit dem Steuergesetz echt gestaltende Politik betreiben kann, z.B. mit familien- und mieterfreundlichen Abzügen oder aber mit den Steuertarifen, welche die kleinen und mittleren Einkommen sowie die KMU nicht über Gebühr belasten, können die Gemeinden nur mit dem Steuerfuss operieren. Der Stadtrat skizziert einige massgebliche Entwicklungen (Bevölkerung, Schülerzahlen, städtische Mitarbeitende) und rechnet bezüglich der Steuer-Einnahmen mit drei unterschiedlichen Szenarien. Vorgängig bringt er mit einer Pyramide der Zielsetzungen seinen finanzpolitischen Willen zum Ausdruck. Das ist ein guter Ansatz.

Zur Pyramide und den Erläuterungen dazu:

1. Nach Auffassung der CVP-Fraktion wäre zur Erreichung einer attraktiven Steuerbelastung (siehe im Abschnitt 4.3, Seite 5) bezüglich der Steuerausgleichsreserve ein Sockel in der Höhe von 25 % eines jährlichen Steuerertrages (und nicht bloss 20 %) zu schaffen.
2. Überschüssende Beträge wären nach Meinung der CVP nicht zum gezielten Eigenkapitalabbau, sondern zum Fremdkapitalabbau zu verwenden!
3. Eine allzu aktive Liegenschaftenpolitik geniesst – nicht nur bei der CVP, sondern auch in der breiten Bevölkerung – wenig Vertrauen, vor dem Hintergrund der teilweise wenig ermutigenden Erfahrungen.

Zu den Modellrechnungen und den Entwicklungszahlen:

1. Die seit Jahren sinkenden und seit 2005 stagnierenden Schülerzahlen missfallen der CVP-Fraktion und geben gleichzeitig Rätsel auf. Es ist kein beruhigendes Szenario für eine lebendige Zukunft der Stadt Zug, wenn seit 2003 die Bevölkerung insgesamt langsam und kontinuierlich (insgesamt um 15 %) angestiegen ist, während in der gleichen Zeit die Schülerzahl um 3 % gesunken ist. Hierüber muss sich der Stadtrat unbedingt Gedanken machen und dem GGR bei Gelegenheit aufzeigen, mit welchen Mitteln Gegensteuer gegeben werden kann.
2. Nicht gerade beruhigend ist sodann der Vergleich der Schülerzahlen mit den Lehrpersonen. Auch hier gilt es festzuhalten, dass seit Jahren die Schülerzahlen gesunken sind, seit 2003 bis heute immerhin um knapp 3 %, dass aber die Zahl

der Lehrpersonen stark gestiegen ist, allein seit 2003 um 15 %. Lieber wäre der CVP-Fraktion, wenn die Rangierung der Zuger Kinder in den nationalen und weltweiten PISA-Vergleichen in die Spitze zu liegen käme. Nur das sichert dem Nachwuchs die Aussicht auf gute höhere Ausbildungs- und Berufschancen.

3. Wenig innovativ sind die Szenarien der erwarteten Steuererträge, wenn noch im Herbst 2008, also im Zeitpunkt der Erstellung dieser Finanzstrategie, für das Jahr 2008 schlicht und einfach mit den Budgetzahlen für 2008 operiert wird.

Bedauert wird, dass sich der Stadtrat mit keinem Wort zur Problematik der Zentrums-lasten, zur Beitragsleistung an den kantonalen und den eidgenössischen Finanzaus-gleich äussert. Die CVP-Fraktion hätte sich diesbezüglich einige klare Worte, sowohl an die Adresse des Kantons als auch der Nachbargemeinden gewünscht und bedauert die Sprach- bzw. Mutlosigkeit des Stadtrates. Es ist das erste Mal, dass der Stadtrat dem GGR eine Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vorlegt. Er hat diese neue Aufgabe insge-samt gut gelöst und verdient dafür den Dank. Trotz der dargelegten Bemerkungen nimmt die CVP-Fraktion diese Erstausgabe ohne Vorbehalt zur Kenntnis.

Urs Bertschi: Der Stadtrat beweist mit der vorliegenden Finanzstrategie, dass er die fi-nanzielle Zukunft weiterhin sorgfältig und umsichtig plant. Die SP-Fraktion erachtet es als richtig, mittel- bis langfristig eine ausgeglichene Rechnung anzustreben. Überschüs-se sollen, sofern sie weiterhin anfallen sollten, für Investitionen im öffentlichen Interes-se, für massvollen Schuldenabbau, für Abschreibungen und sofern angezeigt für die Steuerausgleichsreserven verwendet werden. Die längst fälligen Investitionen sollen idealerweise eigenfinanziert werden. Auch wenn die vom Stadtrat weiterhin ange-strebte Balance zwischen gesunden Gemeindefinanzen, einer attraktiver Steuerbelas-tung und einem hochstehenden Leistungsangebot bis anhin gehalten werden konnte, vermag dies dennoch nicht darüber hinweg zu täuschen, dass bei näherem Hinsehen in der Stadt Zug nicht mehr alles so gleichgewichtig ist. Gemäss CS-Studie läuft der Kan-ton Appenzell Innerrhoden der Stadt Zug was das verfügbare Einkommen im Jahre 2007 anbelangt klar den Rang ab. Dieser verfügt nämlich über moderate Steuern, tiefe Immobilienpreise und günstige Krankenkassenprämien. Dies macht ihn zum attraktiven Wohnort für den breiten Mittelstand. Die Stadt Zug bietet ebenfalls – vor allem für die gut Situierten – sehr moderate Steuern, kennt aber auf der andern Seite exorbitante Immobilien- und entsprechend teure Mietpreise sowie hohe Krankenkassenprämien. Hauptsächlich aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums der Miet- und Immobi-lienpreise drohen vor allem Stadt und Kanton Zug für den breiten Mittelstand an Att-aktivität einzubüssen. Die steuerlichen Vorteile werden für Ottonormalverbraucher weitgehend durch die hohen Wohnkosten aufgewogen bzw. vollständig weggefressen. Seit 2006 ziehen mehr Personen aus dem Kanton Zug weg als aus anderen Kantonen zuziehen. Ein untrügliches Zeichen, dass etwas nicht mehr stimmt im Lande Zug. Ge-mäss Einschätzung der Ökonomen der Credit Suisse ist diese Trendwende hauptsächlich auf die sinkende finanzielle Wohnattraktivität des Kantons zurückzuführen. Bei soviel Ungleichgewicht droht der Nimbus des Stadtchens am See bald einmal zu verblassen, wenn die Stadt Zug ihre Zielsetzungen nicht überdenken und die Dreifaltigkeits-Strategie nicht mit zusätzlichen Qualitätskriterien anreichern sollte. Es ist Aufgabe der

Politikerinnen und Politiker, allen Gleichgewichtigen in der Stadt Zug gleichermaßen Sorge zu tragen. Sie muss weiterhin allen Bevölkerungsschichten offen stehen, weshalb der sozialen Entmischung mit geeigneten Massnahmen entgegen gewirkt werden muss. Hier hätte sich die SP-Fraktion vom Stadtrat insbesondere auch in der Wohnbaupolitik etwas mehr Phantasie erhofft. Die CS Studie bestätigt, dass Zug dank einer ungebrochenen internationalen Anziehungskraft weiterhin ein hohes Bevölkerungswachstum aufweist. Wenn zudem der Stadtrat und mit ihm der Präsident der GPK zum Schluss kommen, dass die Einwohnerzahlen seit Jahren stetig steigen, dass auf der andern Seite die Schülerzahlen stagnieren, so zeugt gerade dieser Umstand vom angesprochenen Ungleichgewicht. Zug ist für Familien zu teuer geworden. Dies braucht man nicht mehr länger schön zu reden, weder mit den steuergesetzlichen Kinder- noch mit den bescheidenen Mieterabzügen. Die Stadt Zug mutiert zum Mekka der kinderlosen Gutbetuchten. Angesichts einer solchen Entwicklung wird es langsam müssig, regelmässig über noch attraktivere Standortfaktoren zu parlieren. Da hilft es auch wenig, wenn sich die Mitglieder der Zuger Wirtschaftskammer über die guten Zuger Standortfaktoren auslassen, selbst wenn noch Nachholbedarf im Bereich Verkehr und Kultur geortet wird. All die Idealfaktoren täuschen nicht darüber weg, dass für weniger Verdienende und vor allem für Familien und den Mittelstand etwas faul ist im Staate Zug. Dies aber wirft die zentrale Frage auf: Setzt der Stadtrat mit dem Primat der Tiefsteuerpolitik im Lichte des Gemeinwohls und der Lebensqualität tatsächlich noch immer auf das richtige Pferd? Aus Sicht der SP-Fraktion sind berechnete Zweifel am eingeschlagenen Weg angebracht. Denn die stadträtliche Dreifaltigkeitslehre – gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung, hoch stehendes Leistungsangebot – verhilft wahrlich nicht allen Zugerinnen und Zugern zum Heil. Und die viel zitierte Attraktivität und die Qualität des Standortes Zug ist keine Milchkuh, die ewig gemolken werden kann. Zugerinnen und Zuger merken, dass es enger und enger wird, dass der zugerische Wohlstand seinen Tribut fordert. Die SP-Fraktion nimmt die Finanzstrategie und den Finanzplan zur Kenntnis.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR von der Finanzstrategie 2009 - 2013 der Stadt Zug Kenntnis genommen hat.

## 5. Finanzplan 2009 - 2013

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2001

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2001.1

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag eingereicht ist und demnach Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

Ivo Romer, Präsident GPK: Der Finanzplan wäre das Instrument, wo sich Hugo Halter mit seinem Votum zur Finanzstrategie hätte ereifern können. Dazu äussert sich der Stadtrat unter Ziff. 5.4., Kantonaler Finanzausgleich/NFA, sehr deutlich. In der Budgetdebatte wird der Rat noch ausführlich darüber diskutieren können. Der Fokus liegt finanzpolitisch klar nicht nur auf den Schülerzahlen als solche, sondern auch auf der zukünftigen Schülerpauschale. Sie wird gerade bei der Lehrerschaft auf die Stellenplanung Einfluss haben. Des Weiteren richtet sich der Fokus auf die Investitionstätigkeit. Hier ortet auch die GPK zusätzlichen Informationsbedarf. Wenn für die nächsten 5 Jahre CHF 250 Mio. investiert werden sollen, täte es gut, wenn zwischendurch über den aktuellen Stand informiert wird und nicht erst im Rahmen der Finanzplanung. Grundsätzlich ist es auf die Dauer nicht verkraftbar, über 30 % der Steuererträge an den Kanton für Kosten abzuliefern, die eigentlich einem Regelwerk zwischen Kanton und Bund entstammen. Die Stadt Zug darf sich durchaus die Rolle der Redelführerschaft in Zusammenarbeit mit den andern Gemeinden aneignen. Der Stadtrat ist diesbezüglich in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Während der Budgetsitzung in der GPK wurde deutlich, dass die Investitionsprioritäten nicht nur zahlenmässig erhältlich waren, sondern auch interpretiert werden kann, wie diese Zahlen thematisch und zeitlich zu unterscheiden sind. In diesem Zusammenhang wird auch im Rahmen der Budgetberatung informiert werden, wie es in der Personalplanung weiter geht. Offenbar ist diese Personalplanung aufgrund von zusätzlichem Stellenbedarf sowohl im Bildungs-, vor allem aber im Baudepartement bereits überholt. Ob die 12 geplanten Stellen gemäss Finanzplanung ausreichen, wird bezweifelt.

Hans-Beat Uttinger: Die SVP-Fraktion glaubt es nicht, dass die Stadt Zug 2009 CHF 64 Mio. investieren wird. Investitionen hinken immer hinterher. Sie kommen in einer Wirtschaftskrise meistens zu spät. Sprich: sie wirken dann, wenn die Krise bereits vorbei ist. Da sind Steuersenkungen wesentlich erfolgsversprechender. Sie wirken sofort. Sie haben auch den Vorteil, dass sie nicht nur die kurzfristige Nachfrage, sondern

auch das Wachstum fördern und zusätzliche Standortvorteile schaffen. Walchwil läge bei diesem Finanzplan 11 % tiefer. Der Finanzplan muss neu gerechnet werden und zwar mit einem Steuerfuss von 60 %. Deshalb nimmt die SVP-Fraktion den Finanzplan ablehnend zur Kenntnis.

Barbara Hotz: Mit der nun erstmals gelieferten Priorisierung der Investitionen wurde die Qualität des Finanzplanes weiter verbessert. Hier gilt der Dank der Verwaltung für ihre hervorragende Arbeit. Im vorliegenden Finanzplan präsentiert der Stadtrat wie schon in früheren Jahren ein äusserst ambitioniertes Investitionsprogramm für die nächsten vier Jahre. Zunehmende Stimmen tuten nach staatlichen Investitionsprogrammen, um die von Rezessionserscheinungen geplagte Wirtschaft anzukurbeln. Keynesianische Wirtschaftstheorien erhalten wieder Aufwind, antizyklisches Investieren wird angepriesen. Das sieht die FDP-Fraktion allerdings nur eingeschränkt so und vertritt die gleiche Meinung wie schon vor Jahresfrist. Die Stadt soll in all jene Projekte investieren, die anstehen und auf eine Realisierung warten – teilweise schon lang und länger. Ob diese jedoch auch in der Periode des jetzigen Finanzplanes realisiert werden können oder sollen, hängt vor allem mit den entsprechenden Bauvorlagen und Kapazitäten im Bauamt zusammen. Als neuestes Beispiel sei hier die Vorlage der Neustadt 2 erwähnt. Man erstellt eine Vorlage, bringt sie in die BPK und muss an dieser Sitzung zur Kenntnis nehmen, dass die Vorlage bereits wieder überarbeitet werden muss. Es ist dies nicht der erste Fall! Geschätzte Stadträtin, Herren Stadträte legt euch bitte Rechenschaft ab, wie oft im letzten Jahr eine Bauvorlage im ersten Anlauf die Kommissionen zufriedenstellen konnte. Hier besteht nach Meinung der FDP-Fraktion ein grosses Optimierungspotenzial, welches jetzt angegangen werden muss. Ansonsten wird im Finanzplan nur ein Wunschkatalog zu möglichen Investitionen erstellt, die aber schliesslich nie zur Realisierung kommen, und das kann's wirklich nicht sein. In diesem Sinne nimmt die FDP-Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis und erwartet entsprechende Anpassungen bei der Ausarbeitung der Vorlagen.

Urs B. Wyss: Nach der Finanzstrategie, welche die vom Stadtrat gewollte Entwicklung des städtischen Finanzhaushaltes zeigt und erläutert, ist der Finanzplan das zweite Instrument, mit welchem die mittelfristige Entwicklung der laufenden und der Investitionsrechnung einerseits konkretisiert und andererseits priorisiert wird. Das ist dem Stadtrat insgesamt gut gelungen. Insbesondere der erstmalige Versuch, die Priorisierung mit der Kennzeichnung 1 oder 2 sowie mit den Farben beige oder grün deutlich sichtbar zu machen, verdient uneingeschränkte Anerkennung. Einige kritische Bemerkungen erlaubt sich die CVP-Fraktion zur Personalplanung: In der Vorlage (Seite 5 unten) bringt der Stadtrat eine Darstellung, welche die Personalkosten pro Kopf der Bevölkerung seit 2003 und natürlich mit dem Planungshorizont 2013 zeigt. Das wirkt in zweifacher Beziehung gekünstelt: Einerseits wird bei der Personalplanung (siehe Beilage 4) offensichtlich die Vergangenheit, also der Entwicklung seit 2003, ausgeblendet – denn dies würde den Wert der Prognose für die kommenden vier Jahre stark relativieren (das ist jetzt extrem diplomatisch ausgedrückt). Und andererseits macht diese Pro Kopf-Zahl nur dann einen Sinn, wenn sie im Sinne eines Benchmarking, also im Vergleich mit z.B.

Baar, Aarau, Solothurn oder Thun, in Beziehung gesetzt wird. Urs B. Wyss weist bei dieser Gelegenheit wieder einmal auf das Benchmarking-Postulat der CVP-Fraktion hin und bittet um beförderliche Bearbeitung. Wer die Finanzplanungen der letzten Jahre – immer bezüglich der Personalplanung – zu Rate zieht, bemerkt relativ schnell (auch die weniger Gmerkigen!), dass der Stadtrat bei den meisten Departementen nur für das Budgetjahr, in Einzelfällen auch noch für das Folgejahr, nie aber darüber hinaus seriös zu planen scheint. Man lebt ganz eindeutig von der Hand in den Mund, immer nur von aktuellen Bedürfnissen gesteuert. Eine echte Personalplanung müsste doch auch zu der vom Stadtrat angestrebten Effizienzsteigerung ganz entscheidend beitragen können. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die durch Pensionierungen zu erwartenden Abgänge müssen in die Planung miteinbezogen werden. Jeder voraussehbare Abgang ist zum Anlass zu nehmen, durch Anpassungen der Pflichtenhefte im Departement oder in der Abteilung, oder aber durch andere organisatorische Massnahmen diese viel zitierte Effizienz zu steigern, gelegentlich sogar durch Verzicht auf den Ersatz eines Abgangs. Das Präsidialdepartement verfügt über eine kleine, aber hoch qualifizierte Personalabteilung, die vom Stadtrat mit einem solcherartigen Auftrag betraut werden sollte. Zu den finanziellen Perspektiven macht die CVP-Fraktion für diesmal keine Bemerkungen und nimmt den Finanzplan 2009 – 2013 zur Kenntnis.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR den Finanzplan 2009 - 2013 zur Kenntnis genommen hat.

## 6. Budget 2009

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2000

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2000.1

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Grundsatzvoten

Stadtrat Hans Christen: Mit der Vorlage Nummer 2000 unterbreitet der Stadtrat gemäss § 22 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 31. August 2006 das Budget 2009. Um die Transparenz zu verbessern und den Informationsgehalt empfängerorientiert auszubauen, sind im Budget 2009 erstmalig wesentliche Veränderungen im Aufwand gegenüber der Vorjahresperiode, Angaben der Rechtsgrundlagen sowie Bemerkungen zu Verbuchungsänderungen gegenüber den Vorjahren dargestellt. Bereits während der Behandlung des Budgets in der GPK wurde festgestellt, dass diese zusätzlichen Angaben hilfreich sind.

### Wichtigste Informationen

- Das Budget 2009 erreicht bei einem Aufwand von CHF 267.5 Mio. und einem Ertrag von CHF 268.5 Mio. ein Rechnungsergebnis von CHF 1'005'700.--.

### Steuerrabatt

Der Stadtrat plant im vorliegenden Budget 2009 eine Senkung des Steuerrabatts von sieben auf drei Prozent, weil:

- 2009 jeder dritte Franken des Steuerertrags, also total CHF 72.7 Mio., in den kantonalen und nationalen Finanzausgleich gezahlt werden muss (dies sind CHF 12 Mio., d.h. rund 5 Steuerprozent mehr als im Vorjahr. Seit der Einführung des neuen Finanzausgleichs per 1.1.2008 entspricht dies erheblichen CHF 54 Mio. oder rund 22 Steuerprozent!);
- zudem ein hohes Investitionsvolumen ansteht und die Fremdfinanzierung tragbar vorgenommen werden soll;
- zusätzlich aus der Umsetzung der kantonalen Steuerrevision ein jährlicher Minderertrag von rund CHF 10 Mio. anfällt. Die Abstimmung erfolgte am 30. November 2008;
- und nicht zuletzt wegen der sich längerfristig abzeichnenden "globalen Wirtschaftskrise".

#### Noch eine Bemerkung zum NFA

- Die übermässigen Zahlungen schränken die Stadt Zug bei der Selbstfinanzierung des anstehenden, sehr anspruchsvollen Investitionsprogramms sowie bei der vielseitigen Aufgabenerfüllung erheblich ein.
- Deshalb ersuchte die Stadt Zug zusammen mit neun anderen Einwohnergemeinden den Kanton, auf die systemwidrige Beteiligung am interkantonalen Finanzausgleich (NFA) von 6 % zu verzichten. Eine entsprechende Motion von stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräten wurde an den Regierungsrat überwiesen.

#### Detailangaben zum Steuerertrag

- Die Budgetierung des Steuerertrags der natürlichen und juristischen Personen wurde mit der kantonalen Steuerverwaltung abgesprochen. Im Budget 2009 werden noch teilweise gute Unternehmensergebnisse (Rohstoff, Pharma) aus dem Geschäftsjahr veranlagt.
- Bei den natürlichen Personen ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Rückgänge der Steuererträge im Zusammenhang mit der Finanzkrise und dem globalen Wirtschaftsabschwung teilweise durch Neuzugänge und angekündigte Realloohnerhöhungen kompensiert werden können.
- Die Senkung des Steuerrabatts von sieben auf drei Prozent soll dem erwarteten Rückgang der Steuererträge entgegen wirken.

#### Zusätzliche Details zur Investitionsrechnung

- Das Investitionsvolumen ist ambitiös: Um in der Stadt Zug weiterhin gute Standortfaktoren anbieten zu können, sollen brutto CHF 81 Mio. Franken in Bau- und andere Projekte investiert werden. Die budgetierten Einnahmen aus Subventionen und Verkäufen betragen CHF 17.2 Mio. Dies ergibt im Budget 2009 Nettoinvestitionen von CHF 63.8 Mio.

#### Wesentliche Investitionen sind:

- Überbauungskonzept Eissportanlagen
- Frauensteinmatt Alterszentrum / Alterswohnungen / Tiefgarage
- Alterswohnungen Neustadt II
- Casino: Gesamtsanierungskonzept
- ZBB: Behindertengerechter Umbau
- Herti-Nord: Kunststoffrasen inkl. Garderobengebäude, Ersatzplatz Streethockey
- Beitrag Nordzufahrt, Kreisel Allmendstrasse/Weststrasse, Sanierung
- Dammstrasse, Unterführung General-Guisan-Strasse

#### Ausblick

Die Einflüsse der globalen Finanzmarktkrise und das erwartete negative Umfeld für die weltweite Gesamtwirtschaft werden sich auf die Steuererträge bei den juristischen Personen im Zusammenhang mit der Vergangenheitsbemessung ab dem Budgetjahr 2010 spürbar auswirken. Der Rabatt, der heute beschlossen wird, kommt bei den juristischen Personen ebenfalls 2010 zur Anwendung. Für die Planjahre 2010 bis 2013 rechnet der

Stadtrat bei heutigem Wissensstand damit, dass sich das Wirtschaftswachstum ab 2009 spürbar abschwächen wird und die Steuererträge der juristischen Personen den Peak erreicht haben. Aus heutiger Sicht hofft der Stadtrat, dass die aktuellen Turbulenzen bei verschiedenen Branchen nicht zu gravierenden Rückgängen der Unternehmensgewinne, Kurzarbeit oder grösseren Entlassungen führen werden. Die Grossbanken vor Ort hingegen werden während der nächsten Jahre Steuern auf bescheidenem Niveau zahlen.

Zu den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission

Der Stadtrat ist mit den vorgeschlagenen Einsparungen zum Budget 2009 teilweise einverstanden. Die einzelnen Stadträte werden sich bei den betreffenden Positionen dazu äussern. Hingegen hält der Stadtrat aus den genannten Gründen an seinem Antrag fest, bei einem Steuersatz von 70 % einen Rabatt von 3 % zu gewähren.

Ivo Romer, Präsident GPK: Die wesentliche Diskussion wird im Rahmen des Steuerfusses bzw. des Rabattes stattfinden und weniger um die wirklich wichtigen Dinge des Lebens. Nichts desto trotz ist nicht ganz erstaunlich, dass sich die GPK nicht auf den gleichen Steuerrabatt einigt wie der Stadtrat. Vorweg sei gesagt, dass die GPK dabei nicht nur das Budget betrachtet hat, sondern sich auch über den Stand der Laufenden Rechnung 2008 informieren liess. Es ist daher nicht ganz erstaunlich, dass nach Abwägung der aktuellen Ertragszahlen in die Zukunft eine Mehrheit der GPK sich für eine Weiterführung des aktuellen Rabatts von 7 % ausgesprochen hat. Gleichzeitig musste nämlich einerseits im alten Budget die Steuerausgleichsreserve nicht angetastet werden und andererseits hat der Stadtrat in diesem Budget verzichtet, die Steuerausgleichsreserve von vornweg als Planungsinstrument für das Budget zu nutzen. Das Einvernehmen an der Budgetsitzung der GPK mit den Vertretern des Stadtrates war konstruktiv. Auch die Kürzungsanträge der GPK sind nicht immer von ihr selbst kreiert worden. Es waren darunter auch unaufgeforderte Vorschläge der Verwaltung selbst. Das darf durchaus dankend zur Kenntnis genommen werden. Die grundsätzliche Frage, ob Budgetpositionen gekürzt oder gar gestrichen werden können, ist in der GPK nach wie vor nicht abschliessend beantwortet. Den entsprechend sauberen Prozess wird die GPK im Verlauf der nächsten Monate zusammen mit der Verwaltung ausarbeiten. Hierbei geht es vor allem um Beschlussfassungen des GGR aus früheren Jahren, die nicht befristet sind. Die GPK unterstützt den Stadtrat grundsätzlich in seinem Bestreben, das Investitionsprogramm so umzusetzen, wie es geplant ist. Dieses muss aber kritisch begleitet werden. Im nächsten Frühsommer ist zu prüfen, wie weit die Investitionen bis anhin gediehen sind. Die GPK verdankt die übersichtliche Gestaltung, welche zusammen mit den vorgenommenen Änderungen der Lesbarkeit des Budgets als solches dient. Eine interessante Diskussion gab es in der GPK beim zusätzlichen Personalbedarf des Bauamtes. Die GPK hat sich klar dahin geäussert, dass es nicht Sache der Budgetdebatte ist, Personalplanung zu betreiben, sondern dies separat zu behandeln ist. Die GPK erhält jeweils im Sommer die Unterlagen über die Personalplanung. Zwischenzeitliche Änderungen müssen auch auf dem Weg zuerst über die Personalplanung verwaltungsintern über den Gesamtstadtrat und allenfalls zum GGR beantragt werden. Die Idee, dass bei der Pla-

nung von grossen Bauvorhaben auch die benötigten zusätzlichen personellen Personalressourcen auf diese Projekte bezogen werden und allenfalls befristet zu beschaffen sind, ist sicher weiter zu verfolgen. Die kommunale Beteiligung der NFA-Kosten gehört abgeschafft bzw. die Gemeinden entlastet. Daher hat das Departementsziel 1 des Präsidialdepartementes die volle Unterstützung der GPK. Ein besonderes Ärgernis ist die doch schon fast willkürliche Art und Weise, wie die kantonale Finanzdirektion die Veranlagungen für die Steuererklärungen der Stadt Zug auferlegt. Inzwischen liegen die Steuererträge bei 0,7 %. Fallpauschalen wären sicher der bessere Weg. Es steht wohl in keinem Verhältnis, fast CHF 1,5 Mio. für die Steuerveranlagungen zu berappen. Auch die kantonale Verwaltung ist kein Profitcenter. Für dieses Geld könnte die Stadt Zug die Steuerveranlagungen zwar auch selber erarbeiten. Sie kann und darf das aber nicht und ist schlichtweg geknebelt in die sehr restriktiven Finanzkompetenzen der Gemeinden des Kantons. Wenn dem Abhilfe verschafft werden möchte, müsste dies auf höherer Ebene bzw. über den Kantonsrat zu ändern versucht werden. Dieser Weg dürfte aber schwierig sein. Die interne Verrechnung der Werkhofdienstleistungen ist zwar informativ, dient aber nicht der Lesbarkeit des Budgets als solches. Die GPK hat zusammen mit der Verwaltung über die Idee diskutiert, allenfalls diese Dienstleistungen beim Werkhof als Sammelposten bzw. auf die Departemente verteilt entsprechend aufzulisten. Dadurch wird die Aufblähung des gesamten Budgets etwas reduziert. Diese Möglichkeit wird geprüft. Nicht alle von der GPK beschlossenen und übernommenen Anträge werden von den Departementen mitunterstützt oder ohne Gegenwehr übernommen. Beim Präsidialdepartement gibt es noch eine Frage zur Investitionsrechnung zu beantworten, nämlich die Machbarkeitsstudie (Konto 509.00, Objekt 580). Diese Antwort steht trotz der Zusicherung, sie werde zuhanden des Protokolls geliefert, noch aus. Etwas enttäuscht war die GPK beim Departementsziel 1 des Baudepartementes. Warum macht sich der GGR die Mühe, die BZO-Änderungen durchzuführen, wenn gemäss diesem Ziel davon ausgegangen wird, dass die Abstimmung durchgeführt wird. Der GGR hat das klare Ziel, dass die BZO-Revision auch die Volksabstimmung positiv übersteht. Man könnte hier also durchaus auch etwas Mut zum Vorhaben zeigen. Der Budgetprozess war in der GPK sehr konstruktiv. Dafür gebührt dem gesamten Stadtrat sowie allen involvierten Verwaltungsmitarbeitenden der herzliche Dank. Das Budget scheint bezüglich der Laufenden Rechnung richtig. Wenn das budgetierte Investitionsvolumen von CHF 64 Mio. wirklich erreicht werden will, bedingt dies eine kritische Begleitung im Lauf des Jahres. Die GPK hat in der Schlussabstimmung das Budget mit den beschlossenen Änderungen mit 5:2 Stimmen gutgeheissen. Ivo Romer ersucht die GGR-Mitglieder, den Anträgen der GPK zu folgen.

Hans-Beat Uttinger fragt gleich zu Anfang: Wo sind die neusten Zahlen der Steuereinnahmen 2008? Finanzdirektor Peter Hegglin hatte sein Soll bereits Ende Oktober erreicht. Die Stadt hat eine Steuerausgleichsreserve von CHF 90 Mio. Wenn nun mit bescheidenen Mehreinnahmen von CHF 10 Mio. 2008 gerechnet wird, liegen die Steuerreserven sogar bei CHF 100 Mio. Gewinnen die Gemeinden beim NFA-Beitrag gegenüber dem Kanton, so kommen für die Stadt Zug noch weitere CHF 15 Mio. jährlich dazu. Somit ergäbe dies aus heutiger Sicht eine Steuerausgleichsreserve von CHF 100 - 130 Mio.

Andreas Rupp hat in der GPK vorgerechnet, dass 4 % Steuerrabatt im Jahre 2009 CHF 4 Mio. weniger und im 2010 CHF 6 Mio. weniger ergeben, also total CHF 10 Mio. in zwei Jahren. Wenn nun der Steuerfuss auf 60 % festgelegt wird, würden noch CHF 7,5 Mio. dazukommen, also total CHF 17,5 Mio. in zwei Jahren. Bei grosszügiger Rechnung von CHF 10 Mio. pro Jahr würde die Steuerausgleichsreserve aus heutiger Sicht für 10 - 13 Jahre ausreichen. Im Grunde genommen müsste die SVP-Fraktion zu einem Steuersatz von 60 % noch einen zusätzlichen Steuerrabatt von 5 % fordern. Walchwil hat einen Satz von 56 %. Wieso aber ein Steuerfuss von 60 % ohne Rabatt? Die Stadt Zug muss für die Wirtschaft ein langfristiges Ziel setzen: „Kommt zu uns, bleibt bei uns, wir können es uns auch längerfristig leisten.“ So stellt die SVP-Fraktion den Antrag, die Einkommens- und Vermögenssteuer für Natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für Juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitssätze festzulegen. Hans-Beat Uttinger hofft sehr, dass die Wirtschaftsparteien FDP und CVP diesen Antrag unterstützen.

Marianne Zehnder: Einmal mehr legt der Stadtrat ein seriös erarbeitetes Budget vor. Die neue Übersicht mit den wesentlichen Änderungen erleichtert den Überblick. Die schnelle Umsetzung der Motion betreffend Darstellung zeigt, dass die Verwaltung daran interessiert ist, transparent zu arbeiten und dem Rat die Kontrolle so einfach wie möglich zu machen. Dies weiss die Fraktion der Alternativen-CSP zu würdigen und bedankt sich dafür. Dieser Dank gilt im Besonderen Andreas Rupp, dem Departementsekretär des Finanzamts, welcher mit seinen Mitarbeitenden für das Budget verantwortlich zeichnet. Der Stadtrat sieht in seinem Antrag ein positives Rechnungsergebnis vor. Nach Kürzungsanträgen, die auf die Besuche der GPK-Mitglieder in den Departementen in Vereinbarung mit den Departementschefs erfolgten, nach weiteren Kürzungsanträgen, die in der GPK folgten, soll eine weitere halbe Million Franken gespart werden. Einzelne Anträge machen auch in den Augen der Fraktion Alternative-CSP Sinn – andere können nicht unterstützt werden. Zu den einzelnen Anträgen erfolgen noch Äusserungen in der Detailberatung. Auf Grund der Finanzkrise werden die Steuererträge auch in der Stadt Zug sinken – dies allerdings erst in den Jahren 2010 und 2011. Die Finanzkrise hat aber auch indirekt Auswirkungen auf die Stadt, z.B. wenn, wie sich aktuell zeigt, die neue amerikanische Regierung Druck auf Steueroasen wie die Bahamas ausübt, und Zug mit niedrigen Steuern den einen oder andern Konzern nach Zug locken kann. Der Kanton und die Stadt wachsen auch in Zukunft viel zu schnell. Und die Folgen des schnellen Wachstums sind bekannt: Die Naherholungsgebiete werden zerstört, um Strassen zu bauen, damit die Leute auf schnellen Wegen zum Flughafen kommen. Menschen mit wenig Einkommen finden keine Wohnungen in der Umgebung und sind folglich gezwungen, immer weitere Wege zu pendeln und zuguterletzt bezahlt dann die Stadt Zug noch 30 % ihres Steuerertrags in irgendwelche Ausgleichsfonds. Würde es nicht mehr Sinn machen, die Stadt würde die Steuern nicht senken, sondern im Gegenteil erhöhen? Sollte die Stadt Zug nicht zusammen mit den andern Gemeinden im Kanton Infrastrukturprojekte vorfinanzieren, die einer grossen Anzahl von Menschen zum Vorteil gereichen? Beim Stadttunnel wurde damals ein kleines Zeichen gesetzt. Mit einer Vorfinanzierung des Zimmerbergtunnels könnte etwas bewegt werden. Die Frakti-

on Alternative-CSP denkt, dass es Zeit ist, den Teufelskreis zu durchbrechen und den Steuerfuss langsam zu erhöhen, resp. den Rabatt zu verkleinern. Dann könnte die Fraktion dem Budget zustimmen.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge der GPK. Namentlich soll weiterhin ein Steuerrabatt von 7 % zur Anwendung gelangen. Der Vorschlag des Stadtrates, den Steuerrabatt von 7 % auf 3 % zu reduzieren, wird als völlig verfehlt erachtet. Faktisch hätte dies eine Steuererhöhung von 4 % zur Folge. Angesichts der angespannten Wirtschaftslage würde dies ein völlig falsches Zeichen setzen. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist es besonders wichtig, dass die Steuerpflichtigen so wenig wie nötig mit staatlichen Abgaben und Steuern belastet werden, damit sie daraus verfügbare Mittel für Konsum und Investitionen verwenden können. Zug hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark von seiner vorteilhaften Steuerpolitik profitiert. Dank tiefer Steuern hat sich eine Vielzahl von Unternehmen in der Stadt angesiedelt und Arbeitsplätze geschaffen. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb diese bewährte Steuer- und Wirtschaftspolitik vom Stadtrat leichtfertig aufgegeben werden soll. Tiefe Steuern sind die beste Investition in den Wirtschaftsstandort Zug und zwar gestern wie heute wie morgen. Die CVP-Fraktion setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, dass die Politik des Stadtzuger Souveräns weitergeführt wird und die Steuern möglichst tief gehalten werden. Jeder Steuerfranken im Portemonnaie des Bürgers hilft der Wirtschaft. Im Zusammenhang mit der Steuerpolitik bzw. dem Budget sei auf ein weiteres Problem aufmerksam gemacht, das stark beschäftigt und das es zu lösen gilt: Dieses heisst NFA/ZFA und wirkt sich für die Gemeinde Zug besonders perfide aus. Besonders störend ist der Umstand, dass umliegende Gemeinden wie beispielsweise Walchwil einerseits Nehmergemeinde beim Finanzausgleich sind, andererseits jedoch über einen erheblich tieferen Steuersatz als die Stadt Zug verfügt. Überspitzt formuliert bedeutet das, dass die Stadt Zug andere Gemeinden darin subventioniert, damit diese die Stadt bezüglich Steuern unterbieten können. So kann es nicht weiter gehen. Anstatt die Steuern zu erhöhen, soll der Stadtrat zusammen mit den stadtzuger Kantonsräten dafür sorgen, dass der Wirtschaftsmotor des Kantons nicht unnötig belastet wird. Denn diese unnötige und gefährliche Entwicklung hat unabsehbare Folgen für die Wirtschaft. Abschliessend werden dem Stadtrat folgende Gedanken als Weihnachtsgeschenk mitgegeben:

1. er soll sich beim Kanton, sei dies im Rahmen von Gesprächen oder mit anderen, härteren Mitteln, dafür einsetzen, dass es den ZFA-Nehmergemeinden verboten ist, den Steuersatz einer Gebergemeinde zu unterschreiten. Notfalls darf der Stadtrat in dieser Frage auch einer harten Konfrontation mit dem Kanton nicht ausweichen.
2. die Steuern in der Stadt Zug dürfen im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld keinesfalls erhöht werden. Dies wäre eine Sünde. Die mit dem ZFA in Zusammenhang stehenden Kosten und Lasten in Höhe von voraussichtlich über CHF 70 Mio. dürfen nicht auf die Stadtzuger Steuerzahler überwälzt werden. Vielmehr soll die Stadt sparen, und zwar in erster Linie bei jenen Aufgaben, die nicht ausschliesslich Stadtbürgern zu Gute kommen.

Auch Martin Eisenring macht es keinen Spass, diese harte Linie zu verfolgen. Es ist aber zu befürchten, dass der Kanton und die umliegenden Gemeinden eine andere Sprache leider nicht verstehen. Das Votum soll aber versöhnlich geschlossen werden: Es ist erfreulich, dass im Präsidentialdepartement das Departementsziel 1 die Lösung dieses Konflikts darstellt. Es ist richtig angesiedelt, indem sich der Stadtpräsident persönlich darum kümmert. Zudem möchte sich auch Martin Eisenring bei der Verwaltung für die gute geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Budgets bedanken. Der GGR wird ersucht, den Anträgen der GPK zu folgen.

Karl Kobelt: Es war von einer faktischen Steuererhöhung und faktischen Steuersenkung die Rede. Darauf kommt Karl Kobelt namens der FDP gerne zu sprechen. Einleitend vorerst aber einige allgemeine Bemerkungen. Die konjunkturelle Wetterlage hat sich rasch und deutlich verschlechtert. Ein wirtschaftliches Tiefdruckgebiet breitet sich über Europa aus. Es nähert sich langsam der Schweiz und mithin dem Kanton Zug. Ein steifer Wind kommt auf, der Nebel verhindert den Blick in die Ferne. Dennoch gibt es keinen Grund zur Klage und Verzagtheit. Zug ist gut gerüstet. Die Richtung wurde festgelegt als noch klare Sicht zu den Zielhäfen herrschte. Auf ihre Navigation kann sich die Stadt Zug verlassen. Das vorliegende Budget peilt die wichtigen Häfen der Reise an: Ausgeglichene Rechnung, verantwortungsvoller Umgang mit den finanziellen Ressourcen, ein ansehnliches Investitionsvolumen für die stetige Weiterentwicklung dieser schönen Stadt. Das Budget hält den bewährten Kurs. Das ist richtig so. Denn in Zeiten der Unwägbarkeiten und Turbulenzen sind Stabilität und Verlässlichkeit die Gebote der Stunde. Einige Verbesserungen lassen sich dennoch anbringen. Die GPK hat eine hervorragende Arbeit geleistet. Die FDP-Fraktion schliesst sich sämtlichen Anpassungsvorschlägen der vorberatenden Kommission geschlossen an. Eine besondere und gesonderte Erwähnung verdient die Festsetzung des Steuerfusses. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Kürzung des Rabatts von 7 auf 3 Prozent verhilft dem Budget zu einem kleinen Überschuss. Doch dies hält die FDP-Fraktion für den falschen Weg. Die budgetierte Rabattreduktion braucht es nicht, es gibt keine Notsituation, die einen solchen Schritt begründen würde. Nicht ohne Grund ist eine Steuerausgleichsreserve geschaffen worden. Diese ist in den fetteren Jahren der jüngsten Vergangenheit auf einen Umfang von rund CHF 90 Mio. angewachsen. Bereits mit einer massvollen Entnahme von CHF 11 Mio. kann die vorgesehene Rabattsenkung von 4 Prozent kompensiert werden (ein Steuerprozent entspricht CHF 2,7 Mio.). Wann soll dieses Geld, das den Steuerzahlern gehört, zurückgegeben werden, wenn nicht in Zeiten der finanziellen Mehrbelastungen und konjunktureller Schwäche? Jetzt müssen die geäuften Reserven geplant abgetragen werden! Dies erfolgt zugunsten eines der höchsten Güter, zu Sorge getragen werden muss: Den Ruf der Stadt Zug, ein verlässlicher Partner zu sein, der auch in schwierigen Zeiten Wort hält und attraktive steuerliche Konditionen anbieten kann. Die Konjunkturschwäche schlägt bekanntlich erst im nächsten Jahr auf die laufende Rechnung durch. Die Senkung des Steuerrabatts wäre faktisch eine Steuererhöhung auf Vorrat und würde dem Ruf der Verlässlichkeit erheblich schaden. Eine weitere Erhöhung des Rabatts und damit eine Steuersenkung lehnt die FDP-Fraktion gleichermassen ab: Man kann nicht auf der einen Seite die Steuern senken und auf der anderen Seite

beim Kanton Zug glaubhaft vertreten, man müsse zuviel an den nationalen Finanzausgleich (NFA) zahlen. Die berechtigte Forderung nach Aufhebung des systemwidrigen Beiträge an den NFA in der Höhe von CHF 15 Mio. würden damit untergraben, eine weitere Verpflichtung zu entsprechenden Leistungen wäre vorprogrammiert. Aus all diesen Erwägungen beantragt die FDP-Fraktion geschlossen, den Vorschlägen der GPK Folge zu leisten, den Steuerfuss auf 70 Prozent festzulegen und weiterhin einen Rabatt von 7 Prozent zu gewähren.

Barbara Stäheli: Die SP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 70 % zu belassen und einen Rabatt von 3 % Prozent zu gewähren. Dies tut sie, weil sie weiss, dass

- das Budget in der Verwaltung schon mehrere Sparrunden durchlaufen hat und weitere Kürzungen einen Leistungsabbau bedeuten, der vor allem Familien, Vereine und Kulturschaffende trifft.
- In der heutigen Zeit Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit gefordert sind und ein konstanter Steuerfuss über mehrere Jahre für alle Juristischen und Natürlichen Steuerzahler Planungssicherheit bedeutet
- Weil die Finanzkrise auch Zug erreicht hat und die Auswirkungen in den kommenden Jahren massiv spürbar sein werden. Der Sparbatzen, nämlich die Steuerausgleichsreserve wird Zug noch für viel schlechtere Zeiten gebrauchen.

Liegt dem Rat das Wohl der Zugerinnen und Zuger, das Wohl dieser Stadt am Herzen und will er seine politische Verantwortung weitsichtig wahrnehmen, ist es angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes geboten, den Steuerfuss bei 70 % zu belassen und für das Jahr 2009 höchstens einen Rabatt von 3 % zu gewähren. Seit Jahren entspricht es der Strategie der Stadt Zug, unter Berücksichtigung der jeweiligen Prognosen und Rahmenbedingungen einen konstanten Steuerfuss zu gewährleisten. Sie ist damit gut gefahren. Vorsicht ist die Mutter der Porzellanliste. Was wollen die bürgerlichen Steuerensenker erreichen, wenn sie den Steuerfuss heute auf 58 %, 60 % oder 63 % zu reduzieren beabsichtigen? Wollen sie weiterhin ungebremst neuen Unternehmen nach Zug ködern, die die Lebenskosten in schwindelnde Höhen treiben, das Sozialgefüge der Stadt durcheinanderwirbeln, um sich dann alsbald wieder aus dem Staub zu machen, wenn der Steuerfuss steigt? Auf solch gefährliche Mechanismen kann und muss Zug verzichten. Sie belasten die Lebensqualität der Stadt mannigfaltig und die Zeche bezahlt letztlich einmal mehr Otto Normalverbraucher, indem er sich Zug nicht eben mehr leisten kann. Und zu guter Letzt noch dies: die Stadt Zug beantragt zusammen mit den anderen Gemeinden ausser Baar beim Kanton zu Recht die Abschaffung der kommunalen Beteiligung an den NFA-Kosten. Mit der Gewährung eines ungebührlichen Rabattes oder gar einer Steuerfussreduktion dürfte die Glaubwürdigkeit der Stadt Zug beachtlichen Schaden nehmen. „Beweisen Sie Augenmass und halten Sie ihre galoppierenden Steuerphantasien im Zügel. Bestätigen Sie eine weiterhin stabile Steuerpolitik zum Wohle unserer Stadt und stimmen Sie dem Antrag des Stadtrates zu.“

## **Detailberatung**

*Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 2 - 10)*

Keine Wortmeldungen

*Hauptzahlen (S. 13)*

Keine Wortmeldungen

*Laufende Rechnung nach Sacharten (S. 14 - 15)*

Keine Wortmeldungen

*Institutionelle Gliederung (S. 16)*

Keine Wortmeldungen

*1. Präsidialdepartement (S. 17)*

Keine Wortmeldungen

*2. Finanzdepartement*

Keine Wortmeldungen

*3. Bildungsdepartement (S. 19)*

Martina Arnold: Die CVP-Fraktion befürwortet die Fünfjahresziele des Bildungsdepartementes, wünscht sich aber noch ein weiteres Departementsziel, und zwar das Erstellen eines umfassenden Jugendkonzeptes, welches eine Bedarfs- und Angebotsanalyse beinhaltet. An der letzten GGR-Sitzung bei der Diskussion über das Podium 41 wurde der Chef des Bildungsdepartementes angefragt, ob er bereit sei, ein Jugendleitbild, d.h. ein Gesamtkonzept zur inhaltlichen Ausrichtung der Jugendarbeit und der Nutzung der Infrastruktur durch Jugendliche zu erarbeiten. Stadtrat Ulrich Straub zeigte sich damals einverstanden. Jetzt soll diese Forderung als Departementsziel schriftlich festgehalten werden. Der Antrag für ein 6. Departementsziel heisst: „Es ist ein umfassendes Jugendkonzept erstellt, welches eine Bedarfs- und Angebotsanalyse beinhaltet.“ Das zeigt, dass sich die CVP-Fraktion nicht nur für die Randständigen, sondern auch für die Jugend einsetzen will.

Stadtrat Ulrich Straub nimmt das Anliegen entgegen. Departementsziel 4 beinhaltet aber schon die Erarbeitung eines Jugendkonzeptes. Bereits bei der Diskussion Podium 41 hat der Stadtrat dies entsprechend entgegen genommen.

Martina Arnold: Wenn diese Forderung tatsächlich im Departementsziel 4 enthalten ist, kann auf ein zusätzliches spezifisches Departementsziel verzichtet werden.

*4. Baudepartement (S. 20)*

Keine Wortmeldungen

## 5. Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS)

Keine Wortmeldungen

### **Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung**

#### 1. Präsidialdepartement (S. 22 - 26)

*KST 1000: Grosser Gemeinderat*

Keine Wortmeldungen

*KST 1100: Stadtrat (S. 22)*

Manuel Brandenburg stellt folgende Anträge:

- *Konto 31710, Freier Kredit Stadtrat:* Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung auf CHF 50'000.--. Das Budget ist so detailliert, dass ein zusätzlicher freier Kredit für den Stadtrat in der Höhe von CHF 110'000.-- nicht nötig ist.
- *Konto 31807, Beratungen und Expertisen:* Die SVP-Fraktion beantragt die Kürzung auf Null, da eine so kompetente Stadtverwaltung mit zahlreichen kompetenten nicht noch zusätzlicher CHF 30'000.-- für Expertisen und externe Beratungen bedarf.
- *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal:* Die SVP-Fraktion ist gegen die neue Stelle für Stadtentwicklung und beantragt die Kürzung auf CHF 835'000.--.
- *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur:* Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung auf CHF 70'000.--. Das Argument des Stadtrates für immer grössere Komplexität ist etwas abgedroschen. Es ist in etwa alles immer gleich komplex. Im Übrigen können auch Abstimmungsbroschüren etwas weniger farbig gestaltet und so gespart werden. Die Bürgergemeinde könnte ein Vorbild sein bezüglich einfacher und effizienter Gestaltungsweise.

Stadtpräsident Dolfi Müller nimmt zu diesen Anträgen Stellung:

- *Konto 31710, Freier Kredit Stadtrat:* Dieser Kredit benötigt der Stadtrat vor allem in seiner Rolle als Gastgeber von verschiedenen Besuchern in Zug. Die Auslagen über diesen Kredit sind detailliert belegt. Der Kredit soll daher unverändert belassen bleiben.
- *Konto 31807, Beratungen und Expertisen:* Hier geht es nicht zuletzt um Aufträge, welche der Stadtrat vom Grossen Gemeinderat erhält. Solche Aufträge müssen teilweise fremd vergeben werden.
- *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal:* Die seit längerem bestehende Stelle Stadtentwicklung wurde bisher vom Stadtschreiber ausgeübt. Jetzt steht eine Person zur Verfügung, welche sich ausschliesslich diesem sehr wichtigen Thema Stadtentwicklung widmen kann. Der Stadtrat wird im Jahr 2009 in der Klausur dieses Thema aufnehmen. Bei dieser Stelle handelt es sich zudem auch um eine Kontakt- und Anlaufstelle für das Gewerbe. Zudem ist es nicht Sache des Grossen Gemeinderates, sich einzumischen, solange sich der Stadtrat innerhalb des Soll-

Stellenplanes bewegt. Es handelt sich um eine klare Exekutivkompetenz. Zudem sind auch die Abmachungen bereits getroffen. Eine Streichung wäre ein völlig falsches Signal und würde dem verlässlichen Image der Stadt als Partner widersprechen.

- *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur:* Dieser Erfahrungswert hat sich schon seit langem eingespielt. Die Mehrkosten der komplexen Broschüren hat zudem der GGR auch mitverursacht, indem immer mehr auch Visualisierungen verlangt werden.

Stadtpräsident Dolfi Müller macht beliebt, sämtliche diese Anträge der SVP-Fraktion nicht zu berücksichtigen und die budgetierten Zahlen unverändert zu belassen.

Cornelia Stocker zu *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal:* Ein gewisses Verständnis für den SVP-Antrag ist durchaus vorhanden. Stadtpräsident Dolfi Müller macht hier etwas auf Schönwetter, wenn er feststellt, die Stelle des hauptamtlichen Personals bzw. die Verschiebung vom Baudepartement ins Präsidentialdepartement liege in seiner Kompetenz. Das Bauamt wird zudem zukünftig zusätzliche Stellen benötigen. Vor diesem Hintergrund macht eine solche Verlagerung sehr Mühe. Personalverträge können zudem erst unterzeichnet werden, wenn der GGR das Budget beschlossen hat. Nachdem dies bisher nicht geschehen ist, kann der Stadtrat auch keine Verträge und Verpflichtungen eingehen bzw. diese müsste er mit einem entsprechenden Vorbehalt verbinden. Zu *Konto 3187, Beratungen und Expertisen:* Die Abklärungen beim Präsidentialdepartement haben ergeben, dass dieses Konto für Beratungen Stadtrat für Strategieentwicklungsprozesse und Stadtratsklausur sowie kurzfristig erforderliche Gutachten usw. vorgesehen ist. Die von Stadtpräsident Dolfi Müller erwähnte Aufgabe ist separat unter einer anderen Kostenstelle budgetiert.

Stadtrat Hans Christen zu *Konto 31710, Freier Kredit Stadtrat:* Die Bürgergemeinde verfügt über ein Gesamtbudget von CHF 7,5 Mio. Der freie Kredit des Bürgerrates beträgt CHF 30'000.--. Die CHF 110'000.- des Stadtrates stehen daher in keiner Relation zu diesem Betrag des Bürgerrates und sind aufgrund der völlig anderen Verpflichtungen absolut nicht übertrieben. Mit CHF 110'000.- ist der Stadtrat sogar eher bescheiden.

Stadtpräsident Dolfi Müller zu *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal:* Mit den vorhandenen Stellenprozenten kann die Fachstelle Stadtentwicklung im 80%-Pensum geführt werden. Die Stadtentwicklung wird aufgewertet und die Funktion des Vize-stadtarchitekten wird weiterhin bestehen. Die weiteren Projektleiterstellen im Baudepartement werden mit der angesprochenen separaten Vorlage dem Grossen Gemeinderat unterbreitet. Auch der betroffenen Person gegenüber wäre es ein riesiger Affront. Zudem handelt es sich hier um einen Eingriff in die Gewaltentrennung.

## Abstimmung

über die folgenden Anträge der SVP-Fraktion:

- Der Antrag, Konto 31710, Freier Kredit Stadtrat, sei auf CHF 50'000.-- zu kürzen, wird mit 5 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.
- Der Antrag, Konto 31807, Beratung und Expertisen, sei auf Null zu reduzieren, wird mit 7 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.
- Der Antrag, Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal, sei auf CHF 835'000.-- zu kürzen, wird mit 7 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.
- Der Antrag, Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur, sei auf CHF 70'000.-- zu kürzen, wird mit 5 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.

### *KST 1200: Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt bei *Konto 31813, Stadtentwicklung*, die Kürzung von CHF 80'000.-- auf CHF 20'000.--.

Stadtpräsident Dolfi Müller bedankt sich beim Rat dafür, dass er die Stelle für die Stadtentwicklung unter KST 1100 bewilligt hat. Gleichzeitig beantragt aber Stadtpräsident Dolfi Müller, das jetzt zur Diskussion stehende Konto 31813 nicht auf CHF 20'000.--, sondern auf CHF 50'000.-- zu kürzen. Die neu hierfür eingesetzte Person konnte den Budgetprozess noch nicht beeinflussen und wird nun mitdenken und mitentwickeln. Bei diesem Konto werden auf jeden Fall gewisse Ausgaben erfolgen, da auch gewisse Fremdaufträge vergeben werden müssen. Als Beispiele werden folgende Ideen genannt:

- Virtueller Stadtrundgang: Dieses klassische Stadtentwicklungsprojekt wird sowohl von der Altstadtvereinigung wie auch von Pro Zug unterstützt und hilft vor allem dem Gewerbe. Die Startinvestition der Stadt beträgt CHF 20'000.--.
- Aufwertung des Altstadtmarktes: Der Chriesimarkt hat durch die gemachten Aktionen einen Mehrumsatz von 300 % generiert. Auch bei der Aufwertung des Altstadtmarktes handelt es sich um Gewerbeförderung. Hiefür werden ebenfalls gewisse Budgetmittel beansprucht.

Eine Reduktion dieses Budgetkredites auf CHF 50'000.-- kann Stadtpräsident Dolfi Müller durchaus nachvollziehen, appelliert aber an die anwesenden Ratsmitglieder, von einer solchen auf CHF 20'000.-- abzusehen.

Marianne Zehnder: Die GPK beantragt, *Konto 31813, Stadtentwicklung*, zu kürzen mit der Begründung, dass Aufgaben vermehrt durch das neue *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*, wahrzunehmen sind. Die Funktion Stadtmarketing habe also Eigenleistungen zu übernehmen und weniger Fremdaufträge zu vergeben. Diese Mitarbeiterin kann mit Sicherheit die Konzepte oder Studien erarbeiten. Hier geht es aber nicht

nur um dieses Erarbeiten, sondern um Umsetzungen. Hiefür braucht es voraussichtlich mehr als diese CHF 20'000.--. Die Fraktion Alternative-CSP beantragt daher, den Antrag des Stadtpräsidenten mit einer Kürzung auf CHF 50'000.-- zu unterstützen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Dieses Konto war in der GPK Diskussionsgegenstand zusammen mit der geschaffenen Stelle, die zudem auf zwei Jahre befristet sei. Der Widerstand gegen die Kürzung war nicht gerade winkelfriedmässig. Am Tag vor der Budgetdebatte im GGR wird eilends die Argumentation zusammengetragen, warum dieser Budgetposten trotzdem nötig ist. Für viele Leute sind CHF 20'000.-- eine Stange Geld. Wenn der Stadtrat von diesem Projekt so überzeugt ist, kann er in eigener Kompetenz diesen Aufwand betreiben und auch die Lorbeeren für seinen Mut einsammeln. Die GPK hält an ihrem Kürzungsantrag auf CHF 20'000.-- fest.

### **Abstimmung**

Der Antrag der GPK, Konto 31813, Stadtentwicklung, sei um CHF 60'000.-- auf CHF 20'000.-- zu kürzen, wird dem Antrag des Stadtrates für eine Kürzung auf CHF 50'000.-- gegenübergestellt und obsiegt mit 21:14 Stimmen.

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, *Konto 31819, Kommunikation*, sei auf 0 zu kürzen. Es gibt genügend aus der Verwaltung stammende Publikationen. Vieles braucht es schlicht nicht.

### *KST 1300, Zentrale Dienste*

Manuel Brandenburg stellt namens der SVP-Fraktion folgende Anträge:

- *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, sei auf CHF 35'000.-- zu kürzen. Weniger ist oft mehr.
- *Konto 31004, Kopien*, sei auf CHF 180'000.-- zu kürzen.

Stadtpräsident Dolfi Müller bezieht sich auf die Bezeichnung des Kommissionspräsidenten, wonach das Veto gegen die Kürzung in der GPK nicht gerade winkelfriedmässig ausfiel. Da folgen zahlreiche solche Anträge, die nicht begründet werden und jeweils mit 6:1 Stimmen abgelehnt werden. Plötzlich wird ein Antrag mangels Begründung seitens der Verwaltung knapp angenommen. Das kann aufgrund der mit diesen Anträgen verbundenen Strapazierung des gesamten Ratsbetriebes durchaus passieren. Trotzdem wird zu den von Manuel Brandenburg gestellten Anträgen kurz Folgendes festgehalten:

- *KST 1200, Konto 31819, Kommunikation*: Diese CHF 40'000.-- sind feste und sich über Jahre bewährte Werte.
- *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*: Hier gilt die gleiche Begründung. Die Rechnung 2007 weist einen Betrag von CHF 56'000.-- aus.

Stadtpräsident Dolfi Müller verzichtet auf weitere Argumentationen und ersucht den Rat, diese Anträge abzulehnen.

## **Abstimmung**

über die folgenden Anträge der SVP-Fraktion:

- Der Antrag, KST 1200, Konto 31819, sei auf 0 zu kürzen, wird mit 5 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.
- Der Antrag, KST 1300, Konto 31001, sei auf CHF 35'000.-- zu kürzen, wird mit 5 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.
- Der Antrag, Konto 31004, sei auf CHF 180'000.-- zu kürzen, wird mit 8 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.

*KST 1400: Rechtsdienst*

Keine Wortmeldungen

*KST 1500, Personaldienst*

Ratspräsident Stefan Hodel zu *Konto 30903, Personalbeschaffung, Inserate*: Die GPK beantragt eine Kürzung von CHF 185'000.-- auf CHF 160'000.--.

Stadtrat Hans Christen erklärt sich damit einverstanden.

Jürg Messmer stellt namens der SVP-Fraktion folgende Anträge:

- *Konto 30903, Personalbeschaffung*, sei auf CHF 150'000.-- zu kürzen. Nachdem die Stellensuche wieder schwieriger ist, genügt dieser Betrag durchaus.
- *Konto 30905, Personalbetreuung*, sei auf CHF 180'000.-- zu kürzen. Lehrlingsausbildung wird unterstützt. Die SVP lehnt aber vermehrte Personalanlässe ab.

*KST 1600, Kultur*

Jürg Messmer zu *Konto 30010, Kommissionen*: Die SVP-Fraktion beantragt hier die Kürzung auf 0, da sie immer noch der Meinung ist, diese Kommission sei nicht mehr nötig.

Ivo Romer, Präsident GPK, möchte zur Ehrenrettung der SVP-Fraktion feststellen, dass diese Anträge in der GPK bereits behandelt wurden. Weitere Äusserungen dazu erübrigen sich daher von seiner Seite. Eine Beschleunigung dieses demokratisch korrekten Weges wird aber erreicht, wenn auf die Diskussion verzichtet und direkt darüber abgestimmt wird.

## **Abstimmung**

über die folgenden Anträge der SVP-Fraktion:

- Der Antrag, KST 1500, Konto 30903 sei auf CHF 150'000.-- zu kürzen, wird mit 6 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehr abgelehnt.
- Der Antrag, KST 1500, Konto 30905 sei auf CHF 180'000.-- zu kürzen, wird mit 6 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehr abgelehnt.
- Der Antrag, KST 1600, Konto 30010 sei auf 0 zu kürzen, wird mit 6 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehr abgelehnt.

Ratspräsident Stefan Hodel zu *Konto 31806, Projekte*: Hier beantragt die GPK eine Kürzung auf CHF 10'000.--.

Stadtpräsident Dolfi Müller erklärt sich damit einverstanden.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR die Kürzung von Konto 31806 auf CHF 10'000.-- stillschweigend beschlossen hat.

Manuel Brandenburg zu *Konto 31817, Freier Kulturkredit*: Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung auf 0.

#### **Abstimmung**

Der Antrag der SVP-Fraktion, Konto 31817 auf 0 zu kürzen, wird mit 7 Ja-Stimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.

Ratspräsident Stefan Hodel zu *Konto 36510.12, IG Kultur*: Die GPK beantragt eine Kürzung auf CHF 30'000.--.

Stadtpräsident Dolfi Müller zu *Konto 36510.12, IG Kultur*: Die IG Kultur ist das Netz der Zuger Kulturschaffenden. Die zusätzlichen CHF 15'000.-- werden benötigt, um diese Organisation zum Leben zu erwecken. Für die jährlichen Kulturtage, Musiktage usw. benötigen die Kulturschaffenden beispielsweise eine Koordinationsstelle. Der Kanton wird daran einen Betrag von CHF 28'000.-- bezahlen. Der Beitrag der Stadt liegt bei CHF 15'000.--. Die übrigen Gemeinden sollen sich mit CHF 37'000.-- ebenfalls beteiligen. Zurzeit laufen Verhandlungen mit Baar und Cham, bei welchen Projekten alle Gemeinden mit einem festen Betrag einbezogen werden sollen. Bezüglich Burg liegen die Zusagen vor. Der Stadtrat beantragt vom GGR nur das Budget. Wenn das nicht zustande kommt und nicht alle dahinter stehen, wird davon abgesehen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Interessanterweise will hier etwas zum Leben erweckt werden, das im August schon zum zweiten Mal stattgefunden hat. Diese Argumentation hinkt also etwas. Diese Diskussion und Informationen waren offensichtlich anlässlich der Budgetdebatte in der GPK nicht so wichtig. Daher hält die GPK an ihrem Antrag fest.

#### **Abstimmung**

Der Antrag der GPK, Konto 36510.12 auf CHF 30'000.-- zu kürzen, wird mit 20:13 Stimmen gutgeheissen.

*KST 1700: Einwohnerdienste*

Ratspräsident Stefan Hodel: Zu *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen*, liegt der schriftliche Antrag der SVP-Fraktion um Kürzung auf CHF 40'000.-- vor.

Manuel Brandenburg erachtet die Verdreifachung seit 2007 als etwas viel.

Stadtrat Hans Christen zu *Konto 30102, Löhne Nebenämter / Aushilfen*: Grundsätzlich handelt es sich hier um eine gebundene Ausgabe. Das Bundesgesetz muss umgesetzt werden. Dazu braucht es entsprechende personelle Ressourcen.

**Abstimmung**

Der Antrag der SVP-Fraktion, *Konto 30102* auf CHF 40'000.-- zu kürzen, wird mit 5 Ja-stimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrts abgelehnt.

**2** *Finanzdepartement (S. 27 -36)*

*KST 2000: Departementssekretariat*

Keine Wortmeldungen

*KST 2100: Finanzamt*

Keine Wortmeldungen

*KST 2110: Zinsen*

Keine Wortmeldungen

*KST 2120: Abschreibungen*

Keine Wortmeldungen

*KST 2130: Steuern*

Keine Wortmeldungen

*KST 2200: Immobilien allgemein*

Keine Wortmeldungen

*KST 2210: Liegenschaften Finanzvermögen*

Keine Wortmeldungen

*KST 2220: Liegenschaften Verwaltungsvermögen*

Keine Wortmeldungen

*KST 2230: Städtischer Wohnungsbau*

Keine Wortmeldungen

*KST 2250: Schulanlagen*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt, *Konto 31401, Unterhalt Hochbauten*, auf CHF 150'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Hans Christen übernimmt diesen Antrag.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der Rat die Kürzung von Konto 31401 auf CHF 150'000.-- stillschweigend beschlossen hat.

*KST 2300: Sportamt*

Keine Wortmeldungen

*KST 2400: Informatik*

Keine Wortmeldungen

*KST 2500: Betriebsamt*

Keine Wortmeldungen

*KST 2600: Übriger Aufwand*

Keine Wortmeldungen

*KST 2800: Stadtentwicklung/Stadtmarketing*

Keine Wortmeldungen

*KST 2810: Sport*

Keine Wortmeldungen

*KST 2820: Kinder- und Jugendbetreuung*

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.10, Subventionierte Kindertagesstätten*, auf 0 zu kürzen. Der analoge Antrag wurde in der GPK bereits gestellt. Damals hat der Stadtrat darauf verwiesen, eine Kürzung sei nicht möglich, da es sich um eine auf einem GGR-Beschluss basierende gebundene Ausgabe handle. Bei zusätzlicher Nachfrage in der Verwaltung erfuhr Manuel Brandenburg, dass sich diese Budgetposition auf § 7 des Reglementes für Tagesheime und andere ergänzende Einrichtungen stütze. Daher sei eine Leistungsvereinbarung mit Anbietern abgeschlossen worden. Dieser § 7 lautet: „Die Einwohnergemeinde Zug gewährt im Rahmen der budgetierten Beiträge an die Träger von anerkannten familienergänzenden Einrichtungen Beiträge an die notwendigen Betriebskosten.“ Der GGR kann diese Beiträge also streichen. Wenn eine Leistungsvereinbarung besteht, ohne dass der Stadtrat damit bis zur Gutheissung des Budgets durch den GGR zuwartet, ist das nicht das Problem des GGR, sondern des Stadtrates bzw. schlussendlich der schadenersatzpflichtigen Stadt. Im

gleichen Zusammenhang wurde auch der GGR-Beschluss Nr. 979 betr. Betriebsbeitrag an den Verein Tagesheim Zug genannt, wonach gemäss Ziff. 1 dem Verein Tagesheim Zug für die Führung von drei Tagesheimen ein jährlicher Betriebskostenbeitrag in der Höhe von CHF 400'000.-- für das Jahr 1994 und CHF 500'000.-- ab dem Jahre 1995 zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt wird. Laut Ziff. 2 kann der Betriebskostenbeitrag durch den GGR über den Voranschlag neuen Verhältnissen angepasst werden. Mit anderen Worten: Der GGR kann also hier über beide Beiträge befinden. Es ist nicht seriös, wenn es um CHF 2,2 Mio. geht und in der GPK auf gesetzliche Grundlagen verwiesen wird, weshalb darüber nicht befunden werden könne. Die SVP-Fraktion beantragt die Kürzung auf 0, weil sie nicht will, dass Mütter einen Anreiz erhalten, ihre Kinder billig wegzugeben und dadurch auf Kosten derjenigen Mütter, die ihre Kinder zu Hause mit einem Einkommen betreuen, ein zweites Einkommen erzielen können. So subventioniert die Mutter und Familie, welche nur über ein Einkommen verfügt, über diese Beiträge diejenigen Personen, welche die Kinder weggeben, und muss das noch mit ihren eigenen Steuern bezahlen. Das ist absolut nicht fair und aus Sicht der SVP zudem gesellschaftspolitisch absolut unerwünscht.

Cornelia Stocker: Offenbar hat die SVP-Fraktion nicht ganz sauber fertig recherchiert. Das angesprochene Reglement wurde Ende der 90er Jahre revidiert und ein Kostendeckungsfaktor eingebaut. Was die SVP aber wirklich will, ist: Frauen zurück an den Herd! Viele Frauen würden sich dies gerne wünschen. Dann müssten sie sich nämlich nicht weiter der Doppelbelastung von Familie und Beruf aussetzen und sich abrackern. Es können sich aber nicht alle eine Nanny leisten, die gleichzeitig noch Hemden bügelt. Anreize, die Kinder fremd zu betreuen, werden mit solchen Reglementen mit Sicherheit nicht geschaffen. Die Realität ist, dass solche Kindertagesstätten aus der heutigen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken sind. Das muss auch die SVP anerkennen. „Seien Sie doch nicht so weltfremd. Sie sind doch sonst eine pragmatische Partei.“ Wenn man aber schon über diese Kosten diskutieren möchte, gibt es einen anderen Lösungsansatz: Die Wirtschaftlichkeit dieser Leistungserbringung ist nicht ganz billig. Sorgen bereiten auch die exorbitant hohen Anforderungen an das Betreuungspersonal. Hier ist der richtige Ansatz. So könnte man die Kosten auch wieder in ein gesundes Mittelmass bringen, das von allen vertreten werden kann. Kindertagesstätten können nicht abgeschafft, aber es können Korrekturen in die Wege geleitet werden. Hiefür müssten das Reglement, allenfalls auch der Kostendeckungsfaktor und die Vorschriften einmal einer genaueren Überprüfung unterzogen werden.

Martin Eisenring: Für die Rolle der Politik und auch des GGR ist es wichtig, klar aufzuzeigen, dass das Gemeindeparlament nicht da ist, um Gesellschaftspolitik zu betreiben und die Gesellschaft direkt zu steuern, sondern um Antworten zu geben für bestehende gesellschaftliche Fragen und Herausforderungen. Hier zeigt sich typisch, wie sich das gesellschaftliche Umfeld verändert hat. Bei den Zuger Mittelschulen, aber auch bei den Universitäten zeigt sich, dass immer mehr Frauen studieren. Es kann ja auch nicht sein, dass ein Studium abgeschlossen wird und anschliessend der Beruf wieder völlig aufgegeben werden soll, weil man die Kinder nicht betreuen lassen kann. Es ist wichtig, den

Familien etwas zur Verfügung zu stellen, damit auch die Frauen einer Tätigkeit nachgehen können. Viele Frauen gehen während der Betreuungszeit ihrer Kinder arbeiten und verdienen Steuerfranken. Dieses Geld kommt auch wieder dem Gemeinwesen zugut und wird hier investiert. Es müsste daher miteingerechnet werden, wie viel Mehrertrag durch das Bestehen solcher Angebote erwirtschaftet werden. Die Tendenzen hin zu immer weniger Jugendlichen und Kindern wurde bei der Steuerstrategie ersichtlich. Wenn es nicht gelingt, die gut qualifizierten Frauen dazu zu bewegen, intelligente Kinder auf die Welt zu bringen, welche einen grossen Beitrag für die Gesellschaft darstellen, ergibt sich echt ein Problem, das wesentlich grösser ist als die hier investierten CHF 2,2 Mio. Wenn die sozialen Gelder in die Jugend investiert werden, ist das ohnehin eine gute Investition. Bei anderen Investitionen könnte man diese Beträge etwas despektierlich eher schon als à fond perdu-Beiträge bezeichnen.

Ivo Romer, Präsident GPK, möchte für seine Kommissionsmitglieder eine Lanze brechen: Ivo Romer lässt sich Vieles vorwerfen, sicher aber nicht Unseriosität. Die Kommissionsmitglieder haben das Budget durchdiskutiert. Die Frage bezüglich Budgetstreichungen wurde gegenüber der Kommission nicht abschliessend beantwortet. Die GPK hat hierüber Klarheit gefordert. Den Vorwurf der Unseriosität gegenüber den GPK-Mitgliedern weist Ivo Romer in aller Form zurück.

Stadtrat Ulrich Straub: Der GGR wird nächstes Jahr mit der Gebührenvorlage bedient. In diesem Zusammenhang kann er diese Frage ausführlich diskutieren. Die Argumente für die Notwendigkeit dieser finanziellen Mittel möchten nicht wiederholt werden. Tatsache ist aber, dass heute 30 % der Kinder in der Stadt Zug in einem gewissen Umfang betreut werden. Der Stadtrat hat beschlossen, die Kindertagesstätten nachfrageorientiert auszubauen. Die Leistungsvereinbarungen mit zwei Leistungsträgern werden Ende 2009 auslaufen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird Klarheit bezüglich der Gebührenpolitik bestehen müssen. Das kantonale Kinderbetreuungsgesetz schreibt in etwa vor, wie diese Kindertagesstätten zu betreiben sind. Über die Kosten kann der Rat sich im Rahmen der Gebührenvorlage unterhalten. Ein 100% Platz kostet in der Schweiz durchschnittlich CHF 27'000.-- jährlich. Zug liegt innerhalb dieses Preises. Stadtrat Ulrich Straub ersucht daher, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen und die Diskussion auf die Gebührenvorlage zu vertagen.

### **Abstimmung**

Der Antrag der SVP-Fraktion, Konto 36520.10 sei auf 0 zu streichen, wird mit 3 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.

Ratspräsident Stefan Hodel: *Konto 36523.04, Spielplätze*, wird mit einem Stern versehen.

Manuel Brandenburg stellt klar, dass er nicht Ivo Romer Unseriosität vorgeworfen hat, sondern Stadtrat Hans Christen, weil behauptet wurde, es gäbe keine gesetzliche Handhabe für die Streichung dieses Betrages. Manuel Brandenburg versuchte vorhin,

detailliert aufzuzeigen, dass das nicht der Fall ist. Zu *Konto 36520.12, Verein Zuger Jugendtreffpunkte*: Gemäss einem GGR-Beschluss ist dem VZJ jährlich ein Beitrag von CHF 690'000.--, angepasst an die Teuerung, zu sprechen. Warum stehen im Budget 2009 CHF 861'600.--?

Stadtrat Ulrich Straub: Die Budgeterhöhung von CH 100'000.-- wird für die neu dazugekommene Jugendarbeit inkl. Jugendarbeitskonzept benötigt. CHF 30'000.-- mehr sind für Beteiligungen an kantonalen Projekten vorgesehen.

Manuel Brandenburg beantragt, *Konto 36520.12* auf CHF 690'000.-- zu kürzen.

Hans-Beat Uttinger: Wenn im Voranschlag als Begründung „GGR“ aufgeführt ist und in der GPK informiert wird, dass es sich um eine gebundene Ausgabe handle, glaubt Hans-Beat Uttinger das. Bei Studium dieses GGR-Beschlusses zeigt sich aber, dass es um einen Betrag von CHF 690'000.-- geht. Das ist nicht korrekt.

### **Abstimmung**

Der Antrag der SVP-Fraktion, *Konto 36520.12* auf CHF 690'000.-- zu reduzieren, wird mit 7 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrts abgelehnt.

#### *KST 2840: Soziale Institutionen*

Keine Wortmeldungen

#### *KST 2850: Öffentlicher Verkehr*

Keine Wortmeldungen

#### *KST 2860: Energie und Umwelt*

Keine Bemerkungen

#### *KST 2870: Hilfeleistungen*

Keine Bemerkungen

### **3 Bildungsdepartement (S. 37 -48)**

#### *KST 3050: Rektorat, Schulverwaltung*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt bei *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen*, eine Kürzung auf CHF 240'000.--.

Stadtrat Ulrich Straub nimmt diesen Antrag entgegen.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR den Antrag der GPK, Konto 30102 auf CHF 240'000.-- zu kürzen, stillschweigend gutgeheissen hat.

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt bei *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, eine Kürzung von CHF 20'000.--.

Stadtrat Ulrich Straub nimmt diesen Antrag entgegen.

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, auf CHF 70'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Ulrich Straub: Bisher wurde jährlich zweimal das Schulblatt publiziert. Jetzt folgt das Bildungsblatt, welches wesentlich mehr Informationen zu den Bildungsangeboten der Stadt Zug enthalten wird. Darin werden u.a. auch die Angebote der Bibliothek und Musikschule publiziert. Der Stadtrat nimmt den Antrag der GPK entgegen. Auch die Forderungen bezüglich Erscheinungsbild und möglicher Zusammenführung von Publikationen sind darin selbstverständlich enthalten.

Ivo Romer, Präsident GPK: Der weitere Hintergrund besteht darin, dass das heutige Zytlos nicht mehr vier-, sondern noch dreimal erscheint.

### **Abstimmung**

Der Antrag der SVP-Fraktion, Konto 31001 auf CHF 70'000.-- zu kürzen, wird mit 5 Ja-stimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.

Martina Arnold spricht zu *Konto 36430, Beitrag an auswärtige Sonderschulen*: Im Vergleich zum Budget 2008 sind CHF 450'000.-- mehr budgetiert. Dies wird bei der Begründung mit wegfallenden Bundessubventionen erläutert. Dennoch ist Martina Arnold erstaunt über die stetig steigenden Kosten im Vergleich mit dem Budget 2007. Anscheinend müssen immer mehr Zuger Schulkinder in auswärtige Sonderschulen fremdplatziert werden. Dabei werden an den integrativen Schulen der Stadt Zug immer mehr schulische Heilpädagogen und Schulsozialarbeiter eingesetzt. Dafür gibt es leider keine Sonderklassen mehr. Ist das der Anfang vom Ende der alles integrierenden Schule?

Stadtrat Ulrich Straub: Die Invalidenversicherung finanziert die Sonderschulen nicht mehr. Diese Ausgaben haben nun Kanton und Gemeinden zu übernehmen. Wenn Kinder nicht in der Stadt Zug unterrichtet werden können, müssen sie auswärts platziert werden. Diese Kostensteigerung ist eine Annahme. Auch Stadtrat Ulrich Straub verfolgt diese Entwicklung mit Sorgen. Es ist nicht sinnvoll, ein integratives System einzuführen und schlussendlich Mehrkosten ausweisen zu müssen. In Tat und Wahrheit muss aber davon ausgegangen werden, dass wir diese Fälle hier in der Stadt Zug nicht behalten können.

*KST 3060: Schulinformatik (exkl. IBA)*

Keine Wortmeldungen

*KST 3100: Kindergarten*

Keine Wortmeldungen

*KST 3200: Primarschule*

Theo Iten zu *Konto 30106, Hausaufgabenstunden*: Wieso, weshalb und warum wird das Budget für die Hausaufgabenstunden erhöht? Andererseits wird bei *Konto 43302, Elternbeitrag*, keine Erhöhung in Aussicht genommen.

Stadtrat Ulrich Straub kann die Fragen zu *Konto 30106, Hausaufgabenstunden*, nicht im Detail beantworten. Die Hausaufgabenstunden sollen intensiviert werden, was möglicherweise ein Grund für die Kostenerhöhung darstellt. Das Rektorat kann in dieser Frage abschliessend beurteilen. Stadtrat Ulrich Straub geht davon aus, dass bei *Konto 43302, Elternbeitrag*, etwas vergessen ging, und wird dies noch genauer nachprüfen.

*KST 3300: Tagesschule*

Keine Wortmeldungen

*KST 3400: Kooperative Oberstufe*

Keine Wortmeldungen

*KST 3500: Textiles Werken / Hauswirtschaft*

*KST 3510: Logopädie*

Urs B. Wyss spricht zu den beiden aufgehobenen Kostenstellen 3500 und 3510. Sie verschwinden auf Nimmerwiedersehen aus Budget und Rechnung. Das bedeutet ein Abbau der Transparenz. Die Textbemerkung (Schulgesetz 412.11/LPG 412.31) mag das formell einigermaßen richtig sein. Eine Begründung besteht aber damit nicht. Der zuständige Stadtrat wird gebeten, hier eine korrekte materielle Begründung mit der wörtlichen Zitierung des entsprechenden kantonalen Gesetzes und der entsprechenden Gesetzesbestimmungen zu geben. Und auch mit einer Aussage, die diese Neuerung als vernünftig nachvollziehen lässt. Denn eines muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden: Aus dieser Neuerung resultiert weniger Transparenz! Keine Aussage mehr zu diesen nicht unwichtigen Teilgebieten des Bildungswesens. Fast ist man versucht festzustellen, dass den Mitgliedern des GGR das Studium des Voranschlags bewusst erschwert werden soll. Ist es wirklich das, was Stadtrat und Verwaltung mit diesen ständigen Hin- und Herschiebereien von Kostenstellen bezwecken? Der Stadtrat wird um eine Zusicherung gebeten, dass nun die ständigen Änderungen bei den Kostenstellen ein Ende haben, und dass ab Budget 2010 für fünf Jahre keine solchen Vertuschungsspielchen mehr getrieben werden.

Stadtrat Ulrich Straub kann zwar Urs B. Wyss nachfühlen, stellt aber klar, dass dieser „Vertuschungsversuch“ kantonal verordnet ist. Es handelt sich dabei um die Integration von Textiles Werken und Hauswirtschaft sowie Logopädie in die Primarstufe, Tagesschule und Kooperative Oberstufe. Diese Integration wurde vorgenommen, weil neu der Kanton den Gemeinden Schülernormpauschalen ausschüttet und die Stadt Zug in der Buchhaltung die Kosten für sämtliches Lehrpersonal stufengerecht integrieren muss. Werden Textiles Werken, Hauswirtschaft und Logopädie ausgenommen, würde theoretisch der Beitrag an die betreffenden Dienstleistungen sinken. Die Stadt Zug wird gemäss neuem Schulgesetz eine Leistungsvereinbarung mit den Stadtschulen abschliessen müssen. Danach wird im Budget bei den Volksschulen nur noch ein Gesamtbetrag ersichtlich sein, und die Transparenz geht verloren. Ob das bedauert wird oder nicht, lässt Stadtrat Ulrich Straub dahingestellt.

Ivo Romer, Präsident GPK: Davon betroffen sind sämtliche Kostenstellen mit der Kontonummer 46100, nämlich die Kantonsbeiträge. Hier kommt die Schülernormpauschale zur Anwendung. Diese Zahlen sind zudem heute etwas tief budgetiert und werden voraussichtlich höher ausfallen. Zu Urs B. Wyss noch eine Bemerkung: Veränderungen machen das Leben zwischendurch auch schön und hält geistig jung!

*KST 3520: Psychomotoik*  
Keine Wortmeldungen

*KST 3600: Heilpädagogische Schule*  
Keine Wortmeldungen

*KST 3650: Integrations-Brückenangebot (IBA)*  
Keine Wortmeldungen

*KST 3700: Freizeitangebote*  
Keine Bemerkungen

*KST 3800: Kind Jugend Familie*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt hier folgende Kürzungen:

- *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen*, sei auf CHF 298'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31806, Projekte*, sei auf CHF 200'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31824, Verpflegung der Kinder/Mittagstisch*, sei auf CHF 398'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Ulrich Straub erklärt sich mit allen drei Kürzungen einverstanden.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass die folgenden Kürzungsanträge der GPK vom GGR stillschweigend beschlossen werden.

- Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen, wird auf CHF 298'000.-- gekürzt.
- Konto 31806, Projekte, wird auf CHF 200'000.-- gekürzt.
- Konto 31824, Verpflegung der Kinder/Mittagstisch, wird auf CHF 398'000.-- gekürzt.

*KST 3900: Stadt- und Kantonsbibliothek*

Keine Wortmeldungen

#### 4 Baudepartement (S. 49 - 53)

*KST 4000: Departementssekretariat*

Keine Wortmeldungen

*KST 4100: Stadtplanung*

Keine Wortmeldungen

*KST 4200: Hochbau/Städtebau*

Keine Wortmeldungen

*KST 4300: Baubewilligungen*

Keine Wortmeldungen

*KST 4400: Verkehrsplanung, Strassen*

Keine Wortmeldungen

*KST 4500: Anlagen, Plätze, Gewässer*

Keine Wortmeldungen

*KST 4600: Werkhof*

Jürg Messmer spricht zu *Konto 31300, Verbrauchsmaterial*. Es überrascht, dass der Aufwand im 2009 gegenüber dem Jahr 2008 um rund CHF 60 - 70'000.-- erhöht wird, mit der Begründung der Treibstoffteuerung. Gestern war der Diesel jedoch wesentlich günstiger als noch vor zwei Monaten zu kaufen. Jürg Messmer beantragt daher namens der SVP-Fraktion eine Reduktion auf CHF 400'000.--.

Stadträtin Andrea Sidler verweist darauf, dass das Budget im September erstellt wurde. Mit dem Einkauf des Treibstoffs wurde bis zum besten Zeitpunkt zugewartet. Die verschiedenen Fahrzeuge des Werkhof müssen eingesetzt werden. Der benötigte Treibstoff wird daher auch verbraucht, wenn diese Position reduziert wird. Dann entsteht einfach ein Nachtragskreditsbegehren. Im Budget wird immer ein Mittelwert angegeben.

## **Abstimmung**

Der Antrag der SVP-Fraktion, das Konto 31300 sei auf CHF 400'000.-- zu kürzen, wird mit 4 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrs abgelehnt.

*KST 4800: Stadtentwässerung*

Keine Wortmeldungen

*KST 4900: Fernheizung*

Keine Wortmeldungen

5 *Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 54 - 61)*

*KST 5000: Departementssekretariat*

Keine Wortmeldungen

*KST 5100: Sozialamt*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt, *Konto 36898, Beiträge an Private*, sei auf CHF 120'000.-- zu reduzieren.

Stadtrat Andreas Bossard erklärt sich damit einverstanden.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der Antrag der GPK, *Konto 36898* auf CHF 120'000.-- zu kürzen, vom GGR stillschweigend gutgeheissen wird.

*KST 5200: Vormundschaftsamt*

Keine Wortmeldungen

*KST 5300: Fachstelle Alter und Gesundheit*

Keine Wortmeldungen

*KST 5400: Umwelt und Energie*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt, *Konto 300010, Kommissionen*, sei um CHF 8'000.-- auf 0 zu kürzen.

Patrick Steine spricht zu *Konto 300010, Kommissionen*: Unter Konto 30010 werden die Ausgaben für drei Kommissionen summiert. Die eine davon, die Gesundheitskommission, ist eine stille Kommission, die nur bei Bedarf einberufen wird. Sie kostet in der Regel nichts. Bei den anderen zwei ist dies nicht der Fall, auch wenn es sich um vergleichsweise günstige Kommissionen handelt. Deren Einsetzung und Besetzung liegt in der Kompetenz des Stadtrates, entsprechend ist es schon staatspolitisch mehr als fragwürdig, sie hier quasi per Budgetbeschluss aufheben zu wollen. Dies umso mehr als die

Stadt Zug die Energiekommission in Zukunft mit der ambitionierten Teilnahme am Gebäudestandard 2008 der Schweizer Energiestädte, der Strommarktliberalisierung und weiteren Herausforderungen im Energiebereich noch dringend benötigen wird. Bei der Umweltkommission sei an die Debatte vom 10. Juni dieses Jahres erinnert, wo grosse Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Funktionieren der Kommission geäussert wurde. Mehrheitlich wurde allerdings nicht die Abschaffung, sondern im Gegenteil eine Stärkung und Reaktivierung der Kommission verlangt. Auch wenn eine stadträtliche Reaktion bisher ausgeblieben ist, mit einer Streichung des Budgetpostens werden diese Ziele sicher nicht erreicht. Es ist doch paradox: In den USA ernennt Barack Obama einen Nobelpreisträger zum Energieminister und die GPK der Stadt Zug will dem Stadtrat nicht einmal die Unterstützung durch lokale Fachleute gönnen. Es müssen ja nicht gleich Nobelpreisträger sein, aber es fragt sich schon, weshalb zum Beispiel der Physiker und Elektrosmog-Experte André Masson seit Jahren nur von ausserhalb des Systems tätig sein kann, und weshalb der Stadtrat das grosse Know-how von Ratsmitglied Franz Akermann bezüglich Luftreinhaltung brachliegen lässt. Auch weitere Experten zum Beispiel zu Lärmfragen etc. wären ohne Weiteres zu finden. Die Fraktion Alternative-CSP erwartet vom Stadtrat eine baldige Reorganisation der Umweltkommission, im Gegenzug beantragt sie, den ursprünglich budgetierten Betrag von CHF 8'000.-- im Budget zu belassen.

Stadtrat Andreas Bossard: Der Stadtrat hat bereits eine Reorganisation der Umweltkommission vorgenommen und daraus eine ad hoc-Kommission geschaffen, welche bei wichtigen Geschäften einberufen wird. Es gibt nicht mehr viele Sitzungen im Jahr. Es können aber wieder Zeiten kommen, die zu vermehrter Kommissionsarbeit führen. Die Energiekommission ist ebenfalls in den budgetierten CHF 8'000.-- enthalten. Stadtrat Andreas Bossard hat anlässlich der GPK-Sitzung übersehen, dass beide Kommissionen in diesem Budgetbetrag enthalten sind. Wenn die Umweltkommission bestraft werden will, dann müssen nicht zugleich alle drei Kommissionen gestrichen werden. Stadtrat Andreas Bossard ersucht daher, den Budgetbetrag von CHF 8'000.-- zu belassen.

**Abstimmung:**

Der Antrag der GPK, Konto 30010 um CHF 8'000.-- zu reduzieren, wird mit 16:17 Stimmen abgelehnt. Der Budgetbetrag bleibt daher unverändert.

*KST 5500: Polizeiamt*

Keine Wortmeldungen

*KST 5600: Parkraumbewirtschaftung*

Keine Wortmeldungen

*KST 5700: Verkehr*

Ratspräsident Stefan Hodel: Die GPK beantragt, *Konto 31810, Studien und Planungen*, auf CHF 60'000.-- zu reduzieren.

Stadtrat Andreas Bossard erklärt sich damit einverstanden.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der Antrag der GPK, Konto 31810 auf CHF 60'000.-- zu kürzen, vom GGR stillschweigend gutgeheissen wird.

*KST 5800: Feuerwehr*

Keine Wortmeldungen

***Investitionsrechnung (S. 62 - 67)***

***1 Präsidialdepartement***

*KST 1200: Stadtkanzlei*

Stadtpräsident Dolfi Müller beantwortet die noch offene Frage zu *Konto 50900, Zukunft Zug, Objekt 580*: Zukunft Zug ist eine Massnahme, die sich auf drei Motionen der SVP- und FDP-Fraktionen aus den 90er Jahren stützt, und betrifft die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Zuger Gemeinden. Das Standortprofil der Stadt Zug wurde ebenfalls aus diesem Konto bezahlt. Die budgetierten CHF 50'000.-- sollen für die sich im Zusammenhang mit NFA/ZFA stellenden Fragen eingesetzt werden. Hiefür sind vertiefte Abklärungen nötig, um entsprechend fundiert argumentieren zu können. Es ist durchaus möglich, dass auch für das Thema Zwischenbericht, Zentrumslasten, Kostenanalysen, vertiefte Studien notwendig sind. Es liegt mit Sicherheit auch im Interesse des GGR, dass der Stadtrat über die entsprechenden Budgetmittel verfügt.

Ivo Romer, Präsident GPK: Die Erklärung tönt gut und macht Sinn. Die Investitionsrechnung ist aber hiefür das falsche Instrument. Dass die Ausgaben ausgeführt werden müssen, ist unbestritten. Ein möglicher Weg ist, für das Budget 2009 die Augen noch zuzudrücken und es so zu belassen, jedoch nachfolgend entsprechende Korrektur vorzunehmen und den Betrag in die Laufende Rechnung aufzunehmen und aus der Investitionsrechnung zu streichen.

Stadtpräsident Dolfi Müller erklärt sich damit einverstanden.

Ivo Romer, Präsident GPK, schlägt nach Rücksprache mit dem Finanzsekretär vor, den Betrag von CHF 50'000.-- aus der Investitionsrechnung in die KST 1200, Konto 31820 der Laufenden Rechnung zu verschieben.

## 2 Finanzdepartement

### *KST 2210: Liegenschaften des Finanzvermögens*

Martina Arnold bezieht sich auf *Konto 50300, Objekt Nr. 727, Bröchli Oberwil; Fahrzeug-Unterstand*: Im Budget sind CHF 120'000.-- budgetiert. Wird dieser Unterstand nun nicht erstellt?

Stadtrat Hans Christen: Der Kanton hat hierfür keine Bewilligung erteilt.

Cornelia Stocker erinnert daran, dass zu *Konto 50300, Objekt Nr. 780, Kolinplatz/Kirchenstrasse: Projekt*, ein Änderungsantrag (Einfügung eines Stern) der GPK vorliegt. Es darf erst eine weitere Machbarkeitsstudie lanciert werden, wenn das Projekt Kolinplatz offiziell ad acta gelegt ist. Vom Stadtrat erwartet daher die GPK eine „Beerdigungsvorlage“, damit dieses Kapitel geschlossen werden kann. Daher ist hier ein Stern anzubringen.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR stillschweigend damit einverstanden ist, *Konto 50300, Objekt Nr. 780, Kolinplatz/Kirchenstrasse, Projekt*, mit einem Stern zu versehen.

### *KST 2220: Liegenschaften Verwaltungsvermögen*

Urs B. Wyss zu *Konto 50300, Objektnummer 736, Unvorhergesehene Landkäufe*: Der Betrag von CHF 5 Mio. befindet sich genau innerhalb der von der GO bewilligten Limite. Daher ist hier kein Stern angebracht. Wenn der GGR diesen Betrag bewilligt, hat der Stadtrat freie Hand für das nächste Jahr. Urs B. Wyss möchte das nicht und verlangt, dass der Stadtrat mit Nachtragskrediten jeweils an den GGR gelangt und um einen entsprechenden Objektkredit nachsucht. Bei den Interpellationen Bröchli und Steinhauermatte war zu erfahren, dass der Stadtrat zwar im Rechenschaftsbericht unter den Liegenschaften kurz informiert. Die genaue Nachprüfung dieser Position hat aber ergeben, dass der GGR grundsätzlich nicht weiss, wohin diese Mittel fließen. Ob sie im Einzelfall vom Preis her für die Qualität der Liegenschaft gerechtfertigt sind oder ob die Stadt diese Liegenschaft für einen konkreten Zweck benötigt. Schliesslich handelt es sich hier um Liegenschaftserwerbe für das Verwaltungsvermögen und nicht für das Finanzvermögen. Hiefür muss eine bestimmte Zwecksetzung vorhanden sein. Der GGR soll daher eine strenge Limite setzen, indem er hier und heute diese CHF 5 Mio. streicht. Nur so ist er sicher, dass er vom Stadtrat mit einer Vorlage bedient wird. Insbesondere gibt es zu bedenken, dass dadurch kein zusätzlicher administrativer Aufwand verursacht wird. Wenn eine Liegenschaft erworben werden soll, muss der Finanzchef ohnehin eine Vorlage für den Stadtrat erarbeiten. Wenn der GGR dies als Bürokratieexzess bezeichnen will, ist das ihm freigestellt. Urs B. Wyss seinerseits hält an der demo-

kratischeren Form der Abwicklung von Landgeschäften fest und beantragt die Streichung dieses Betrages.

Ivo Romer, Präsident GPK: Der Fundamentaldemokrat hat gesprochen! Es fragt sich, ob damit die Sache einfacher wird oder ob damit nicht einfach die Kontrollitis über das Ziel hinausschiesst. Die Finanzkompetenzen hat der GGR vor einigen Jahren so geregelt, dass dies so möglich sein soll und die Exekutive schnell handeln kann. Dass der Stadtrat darüber aber Rechenschaft ablegen muss, ist wohl allen klar und erfolgt auch. Es handelt sich hier um eine eigentliche Leitplanke. Wenn der Betrag wirklich überschritten wird, ist die Exekutive in der Vergangenheit den Beweis nie schuldig geblieben und hat dem GGR rechtzeitig eine Vorlage unterbreitet. Also kann der budgetierte Betrag durchaus belassen bleiben. Der GGR verliert dadurch seine Kontrollmöglichkeit mit Sicherheit nicht.

### **Abstimmung**

Der Antrag Urs B. Wyss, in Konto 50000, Objekt Nr. 736, Unvorhergesehene Landkäufe, den Betrag von CHF 5 Mio. zu streichen, wird mit 11:26 Stimmen abgelehnt.

*KST 2230: Städtischer Wohnungsbau*

Keine Wortmeldungen

*KST 2250: Schulbauten*

Keine Wortmeldungen

*KST 2400: Informatik*

Keine Wortmeldungen

*KST 2800: Investitionsbeiträge*

Keine Wortmeldungen

### **3 Bildungsdepartement**

*KST 3800: Kind Jugend Familie*

Keine Wortmeldungen

### **4 Baudepartement**

*KST 4400: Verkehrsplanung, Strassen*

Cornelia Stocker spricht zu *Konto 50100, Objekt Nr. 695, Buswendeschlaufe Gimenen*: Die vorgesehene Investition für eine Buswendeschlaufe im Betrag von CHF 300'000.-- ist soweit gut. Sie befindet sich aber am Ende einer Strasse, die gar nicht im Besitz der Stadt ist. Die FDP verlangt, dass hier endlich die Eigentumsverhältnisse geklärt werden. Es kann nicht sein, dass ein Quartier dieser Grösse nur über eine Privatstrasse erschlos-

sen ist und die Öffentliche Hand in voller Abhängigkeit eines Privaten steht. Wäre noch Steinzeit, so könnte der Landeigentümer dieser Strasse Durchfahrtsgebühren und Strassenzoll verlangen, und zwar auch für das Kehrrechtfahrzeug, die Feuerwehr und den Bus. Es ist an der Zeit, dass diese Strasse in den Besitz der Stadt überführt wird, auch wenn das etwas kostet. Eine Buswendeschleife könnte dann obsolet werden, denn das Land an dieser prominenten Lage könnte durchaus anderweit und besser genutzt werden. Die FDP-Fraktion wird dem Stadtrat zusätzlich noch eine Motion einreichen, damit hier endlich die Situation geklärt werden kann. Die FDP-Fraktion beantragt, diese Investition hier nicht freizugeben.

Stadträtin Andrea Sidler: Für die Übernahme dieser Strasse wäre ein Enteignungsverfahren durchzuführen. Die Stadt Zug hat schon mehrere Strassen von Privat übernommen. Der Stadtrat übernimmt jedoch ausschliesslich sanierte Strassen. Die hier zur Diskussion stehende Strasse würde erhebliche Aufwendungen verursachen. Ist der GGR bereit, diese Kosten zu übernehmen, kann der Stadtrat damit beauftragt werden. Es sei aber daran erinnert, dass schon zahlreiche Personen ihre Strassen erst sanieren mussten, bevor sie von der Stadt Zug übernommen wurde. Diese Leute würden sich bei dem von der FDP vorgeschlagenen Vorgehen geprellt fühlen. Bezüglich der Buswendeschleife Gimenen werden mit dem Landeigentümer Verhandlungen geführt, die kurz vor dem Abschluss stehen. Die Zufahrt für Bus, Kehrrechtfahrzeuge usw. ist gewährleistet. Der Ärger ist natürlich verständlich, ist doch auch dem Stadtrat die aktuelle Situation an dieser Privatstrasse bekannt. Mit diesem Vorgehen über die Enteignung wird die bisherige Praxis des Stadtrates verändert und eine neue Aera eingeläutet.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der Antrag der FDP, die Investition in Konto 50100, Objekt Nr. 695, zu sistieren, vom GGR gutgeheissen wird.

*KST 4500: Anlagen, Plätze, Gewässer*

Keine Wortmeldungen

*KST 4600: Werkhof*

Keine Wortmeldungen

*KST 4800: Stadtentwässerung*

Keine Wortmeldungen

*KST 4900: Fernheizung*

## **5 Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS)**

*KST 5300: Fachstelle Alter und Gesundheit*

Keine Wortmeldungen

*KST 5400: Energie und Umwelt*

Keine Wortmeldungen

*KST 5500: Polizeiamt*

Keine Wortmeldungen

*KST 5600: Parkraumbewirtschaftung*

Keine Wortmeldungen

*KST 5700: Verkehr*

Keine Wortmeldungen

*KST 5800: Feuerwehr*

Keine Wortmeldungen

### **Beratung des Beschlussesentwurfes (S. 11)**

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Stefan Hodel erklärt so beschlossen.

*Ziff. 1.1.*

Ratspräsident fasst die bereits gestellten Anträge wie folgt zusammen:

- Antrag Stadtrat: 3 % Steuerrabatt auf einem Steuerfuss von 70 %
- Antrag GPK: 7 % Steuerrabatt auf einem Steuerfuss von 70 %
- Antrag SVP-Fraktion: 60 % Steuerfuss ohne Rabatt

### **Dreifach-Abstimmung**

- Der Antrag des Stadtrates für 3 % Rabatt auf einem Steuerfuss von 70 % erhält 12 Jastimmen.
- Der Antrag der GPK für 7 % Rabatt auf einem Steuerfuss von 70 % erhält 20 Jastimmen.
- Der Antrag der SVP-Fraktion für einen Steuerfuss von 60 % erhält 5 Jastimmen.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der Antrag der GPK mit 20 Jastimmen das absolute Mehr erreicht hat und somit beschlossen ist.

Ivo Romer, Präsident GPK, bedankt sich namens der GPK für die erhaltene Unterstützung des vorgeschlagenen Steuerfusses von 70 % abzüglich 7 % Rabatt. Mit den in der GPK ausgearbeiteten Konsequenzen, nämlich die Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve von CHF 4 Mio. für das Jahr 2009 und den bewilligten Kürzungen, hat der GGR somit ein ausgeglichenes Budget beschlossen. Allen Unkenrufen zum Trotz braucht

man keine Angst zu haben, die städtischen Finanzen würden völlig aus dem Lot fallen. Ein Steuerprozent entspricht ca. CHF 2,5 Mio. Franken. Bei 3 oder 7 % ist die Rede von rund CHF 10 Mio. Bei CHF 90 Mio. Steuerausgleichsreserve, ausgeglichenem Budget und leichter Reduktion der Steuerausgleichsreserve ist das durchaus ein gutes Vorgehen.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit dem Vorschlag, die Zahlen auf S. 28 entsprechend anzupassen, wonach aus der Steuerausgleichsreserve der Betrag von CHF 4 Mio. entnommen wird, stillschweigend einverstanden ist.

### *Ziff. 1.2:*

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Hundesteuer auf CHF 50.-- zu senken, und zwar mit folgender Begründung: Mit der Neuregelung Sachkundennachweis Hundehaltung ab 1. Oktober wird jeder Halter eine Halterprüfung ablegen müssen. Dies wird auch wieder mit Kosten von CHF 120.-- bis CHF 150.-- verbunden sein. Es muss jeder Hund mit einem Chip ( vom Tierarzt ) versehen werden. Diese Kosten belaufen sich auf ca. CHF 80.-- bis CHF 120.--. Jeder Hund muss bei der ANIS in Bern registriert werden. Diese Kosten belaufen sich auf CHF 35.--. Zudem kosten auch Futter und Tierarzt im Leben eines Hundes sehr viel Geld. Es sei hiezu das Beispiel einer älteren, alleinstehenden Person genannt, für die der Hund Begleiter und Freund ist. Auch sie wird jetzt mit dieser finanziellen Situation konfrontiert. Natürlich braucht niemand einen Hund anzuschaffen. Wer aber so ein Haustier heute besitzt; für den ist es eben mehr als einfach nur ein Hund. Ein Hund ist nicht einfach eine Ware, nein der Hund hat Heutzutage auch vermehrt eine therapeutisch und psychologisch wichtige Rolle in der immer mehr anonymer werdenden Gesellschaft zu übernehmen. Abschliessend ist Manfred Pircher überzeugt, dass mit CHF 50.-- die Abfallentsorgung gut abgegolten ist. Als engagierter Hundehalter ersucht Manfred Pircher um Unterstützung seines Antrages.

Patrick Steinle: Manfred Pircher hat sicher Recht mit den neu anfallenden Kosten für die Hundehalter. Grösstenteils handelt es sich aber im Gegensatz zur Hundesteuer um einmalige Ausgaben. Wie wird die jährlich anfallende Hundesteuer begründet? In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage hat der Stadtrat vor zwei Jahren dargelegt, dass die Stadt direkte Kosten für Hundehalter im Umfang von rund CHF 200.-- pro Hund und Jahr hat. Somit subventioniert das Gemeinwesen mit CHF 100.-- jeden Hundehalter. Die Finanzierung eines Hobbys erachtet Patrick Steinle jedoch nicht als vordringliche Staatsaufgabe. Als Vorschlag zur Güte kann die Hundesteuer bei CHF 100.-- belassen bleiben. Um kostendeckend zu sein, müsste nämlich die Steuer auf CHF 200.-- erhöht werden.

Manfred Pircher: Die Stadt Zug fährt mit dem Fahrzeug den Berg hoch, um die Mülltonnen zu entleeren. Dies geht mit grosser Wahrscheinlichkeit in die gleiche Rechnung.

**Abstimmung:**

Der Antrag Manfred Pircher, die Hundesteuer auf CHF 50.-- zu reduzieren, wird mit 10:25 Stimmen abgelehnt.

Ziff. 1.2. ist so beschlossen.

Zu Ziff. 2 erfolgen keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Stefan Hodel erklärt so beschlossen.

**Ziff. 3:**

Hans-Beat Uttinger: Die SVP-Fraktion beantragt, das Postulat noch nicht abzuschreiben. Die Unterschiede bezüglich Begründungen sind je nach Departement noch zu gross. Ziff. 3 ist daher zu streichen. Wenn Urs B. Wyss anwesend wäre, würde er vermutlich diesen Antrag unterstützen.

**Abstimmung**

Der Antrag Hans-Beat Uttinger namens der SVP-Fraktion, Ziff. 3 zu streichen, wird bei 5 Jastimmen grossmehrheitlich und ohne Ermittlung des Gegenmehrts abgelehnt. Ziff. 3 ist so beschlossen.

Zu Ziff. 4 - 6 erfolgen keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Stefan Hodel erklärt so beschlossen.

**Schlussabstimmung**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR dem Antrag des Stadtrates mit 20:6 Stimmen bei einigen Enthaltungen zu.

## **B e s c h l u s s** des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1483 betreffend Budget 2009

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2000 vom 21. Oktober 2008:

1. Die Steuern für das Jahr 2009 werden wie folgt festgesetzt:
  - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 70 % abzüglich eines Rabatts von 7 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
  - 1.2 Die Hundesteuer mit CHF 100.--.  
Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2009 aufgestellte Budget wird genehmigt.
3. Die Motion der SVP Fraktion vom 9. Januar 2008 betreffend Budgetdarstellung (vom GGR am 6. Mai 2008 als Postulat überwiesen) wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.
4. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2009 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
5. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse, Band 12, aufzunehmen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- 7. Interpellation Martin Eisenring, CVP, vom 16. Oktober 2008 betreffend Haltung des Stadtrats zum Areal Artherstrasse (ehemaliges Kantonsspital)**
  
- 8. Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2008 betreffend Erhebung Zentrumsnutzen/-lasten und Kostenvergleich über alle Zuger Gemeinden**

Diese beiden Geschäfte werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die erste Sitzung im Jahr 2009 verschoben.

## **9. Wahl des Büros 2009 - 2010**

### **9.1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**

### **9.2. Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten**

### **9.3. Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler**

Ratspräsident Stefan Hodel: Wie der heutigen Zeitung entnommen werden kann, steht Jürg Messmer für die Wahl des Vizepräsidiums zur Verfügung. Es gilt somit für ihn einen Ersatz als Stimmzähler zu bestimmen. Ratspräsident Stefan Hodel stellt hierfür Manfred Pircher vor.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass sich der GGR mit der Bestimmung von Manfred Pircher zum Stimmzähler für Traktandum 9 stillschweigend einverstanden erklärt.

### **9.1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**

Hugo Halter erinnert an sein erstes Votum vor diesem ehrwürdigen Rat vor knapp zwei Jahren, als es praktisch um die gleiche Sache oder zumindest um die Vorbereitung für das heutige Traktandum ging. An der damaligen Ausgangslage hat sich wenig geändert. Einzig vielleicht, dass die heutige Vizepräsidentin umfassender Einblick in die Führung des Ratsbetriebes hatte und erfolgreich und souverän als Sitzungsleitende ihre Erfahrungen sammeln durfte. An dieser Stelle dankt die CVP Fraktion aber auch dem abtretenden Präsidenten Stefan Hodel für seine gute Führung und die seriöse Vorbereitung der anspruchsvollen Ratssitzungen. Hugo Halter schlägt dem Rat im Namen der geschlossenen CVP Fraktion die heutige Ratsvizepräsidentin Frau Isabelle Reinhart mit Überzeugung als Präsidentin des GGR für die Amtsperiode 2009/2010 vor. Die Kandidatin verfügt über eine grosse politische Erfahrung im GGR und nun auch im Büro des GGR, eine hohe Sozial- und Fachkompetenz und geniesst generell eine hohe Akzeptanz im Rat und in der Bevölkerung der Stadt Zug. Die 7-köpfige CVP-Fraktion ist gewillt, Verantwortung zu übernehmen und mitzutragen. Hugo Halter freut sich und ist stolz, dem Rat nicht nur eine intelligente, sondern auch eine tolle und attraktive Dame als Präsidentin und somit Repräsentantin des Stadtparlamentes vorschlagen. Isabelle Reinhart wird ihre Aufgabe mit Weitsicht und ganz sicher im Interesse der Stadtbevölkerung wahrnehmen. Hugo Halter dankt allen Fraktionen für ihre Unterstützung und für eine ehrenvolle Wahl von Frau Isabelle Reinhart.

Karl Kobelt: Die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Stadtparlaments ist, so scheint es, eine reine Formsache, ja fast eine rituelle Handlung. In der Tat sieht die Geschäftsordnung (GO) vor, dass die Vizepräsidentin nach Ablauf ihrer zweijährigen Amtszeit usanzgemäss zur Präsidentin gewählt werde. Zugleich ist der Parlamentspräsident oder die Parlamentspräsidentin einer bzw. eine der wichtigsten Repräsentanten bzw. Repräsentantinnen der Stadt. Anschaulich durfte Karl Kobelt dies erstmals als

Teilnehmer an der diesjährigen Jungbürgerfeier erleben. Stefan Hodel vertrat als höchster Zuger die Behörden von Zug und damit die Öffentlichkeit. Dazu braucht es neben fundierten Kenntnissen auch Gemeinsinn und einen Blick für das Ganze. Diese Eigenschaften waren bei Stefan Hodel stets spürbar und geschätzt. Ähnliche Qualitäten sind auch Isabelle Reinhart eigen. Dabei wird sie sich im Falle einer Wahl auch als Bänderin der zuweilen recht wild gebährenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bewähren müssen. Dass ihr dies zuzutrauen ist, hat sie bewiesen, als sie in einer Sitzung den abwesenden Präsidenten vertrat und diesen Rat ohne Pannen durch die Sitzung führte. Im Namen der ganzen FDP-Fraktion schlägt Karl Kobelt dem Rat Isabelle Reinhart zur Wahl als Präsidentin des Gemeinderats vor.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Die geheime Wahl gemäss § 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	38
Abgegebene Wahlzettel:	38
Leer:	1
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	37
Absolutes Mehr:	19

Gewählt ist mit 36 Stimmen Gemeinderätin Isabelle Reinhart.

Isabelle Reinhart bedankt sich herzlich für das ihr mit dieser Wahl zur Präsidentin des GGR entgegengebrachte grosse Vertrauen. Den Dank richtet sie auch an ihren Vorgänger Stefan Hodel für die sehr gute Zusammenarbeit. Er war ein vorbildlicher Lehrmeister, was Isabelle Reinhart sehr schätzte und noch immer schätzt. Isabelle Reinhart freut sich, die Ratsführung zu übernehmen. Das kommende Jahr wird sehr bewegend. Es warten viele Geschäfte, die den Rat zeitlich und thematisch sehr fordern werden. Isabelle Reinhart ist überzeugt, dass sie nach dem Überwinden der ersten Hürden Freude und Spass an dieser Amtsausübung haben wird und eine lehrreiche Zeit erleben darf. Hiermit erklärt Isabelle Reinhart Annahme der Wahl und freut sich, in die Fussstapfen von Stefan Hodel zu treten.

## **9.2. Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten**

Manfred Pircher schlägt namens der SVP-Fraktion Jürg Messmer zur Wahl des Vizepräsidenten vor. Jürg Messmer ist in Bern geboren, verheiratet und Vater von drei Kindern. Seit 2001 ist er selbständiger Unternehmer und beschäftigt fünf Mitarbeiter. Jürg Messmer ist seit 2003 Mitglied des GGR und seit 2007 Mitglied des Büros und Stimmenzähler. Zudem leitet er die SVP-Fraktion seit 2007 mit sehr grossem Engagement. Jürg

Messmer ist ein in der Sache sehr kritischer Politiker, jedoch gegenüber anderen Meinungen durchaus kompromissbereit. Manfred Pircher ist überzeugt, dass Jürg Messmer sich mit seinem ganzen Wissen und Gewissen in den Ratsbetrieb einbringen und der Ratspräsidentin mit Rat und Tat zur Seite stehen wird.

Karl Kobelt: Für die Jahre 2009 und 2010 ist es an der FDP, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Grossen Gemeinderates zu stellen. Dies ergibt sich eindeutig aus der Stärke der Fraktionen in diesem Rat. Die Sitzverteilung im Rat bestimmt den Turnus, in dem die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident aus einer Fraktion zu wählen ist. Mit Judith Müller hat die FDP-Fraktion eine kompetente Kollegin und ausgewiesene Kandidatin für dieses Amt. Neben einem breiten juristischen Wissen verfügt sie über hervorragende Kenntnisse des Ratsbetriebs und eine sechsjährige Erfahrung als GGR-Mitglied. Abgesehen von diesen Tatsachen anerkennt die FDP-Fraktion den Wunsch der SVP, auch einmal das Vizepräsidium des Gemeinderates zu besetzen. Seit 14 Jahren sitzen SVP-Vertreter in Fraktionsstärke in diesem Rat. Die GO verlangt, dass bei der Wahl des Vizepräsidenten und der Stimmenzähler (Zitat) „praxisgemäss auf die Stärke der politischen Kräfteverhältnisse im Rat angemessenen Rücksicht“ (Zitatende) genommen werde. Zwar ist die SVP die kleinste Fraktion; einer angemessenen Berücksichtigung steht aber nichts im Wege. Nach ausführlicher Diskussion und Gesprächen über die Fraktionsgrenzen hinweg kam die FDP-Fraktion zum Schluss, mit Jürg Messmer, den Fraktionschef und Kandidaten der SVP für das Vizepräsidium zu unterstützen. Massgebend waren zum Einen die Erklärung von Judith Müller, auch aus persönlichen Erwägungen heute noch nicht für das Vizepräsidium zu kandidieren. Zum Anderen nahm die FDP-Fraktion zur Kenntnis, dass Jürg Messmer seinen Ausführungen zufolge im Falle einer Wahl in zwei Jahren zum Parlamentspräsidenten gewählt werden möchte und demzufolge nicht als Stadtratskandidat zur Verfügung stehen wird. Unter diesen Prämissen unterstützt die FDP-Fraktion geschlossen den Vorschlag der SVP, Jürg Messmer zum Vizepräsidenten des GGR zu wählen.

Weitere Nominationen erfolgen nicht.

Die geheime Wahl gemäss § 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	38
Abgegebene Wahlzettel:	38
Leer:	3
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	35
Absolutes Mehr:	18

Gewählt ist mit 26 Stimmen Gemeinderat Jürg Messmer.

Weitere 8 Stimmen haben Verschiedene erhalten.

Jürg Messmer bedankt sich herzlich für das ausgesprochene Vertrauen. Die heutige Wahl zum Vizepräsidenten erfüllt ihn mit Stolz für seine Partei, die seit 14 Jahren im GGR tätig sein darf. Jürg Messmer darf nun als erster Vizepräsident für die SVP hier Einsitz nehmen. Das bedeutet, die nächsten zwei Jahre Verantwortung zu übernehmen und mitzutragen, der neuen Präsidentin mit Rat und Tat mindestens so gut zur Seite zu stehen, wie sie dies dem bisherigen Präsidenten Stefan Hodel gegenüber getan hat. In diesem Sinne erklärt Jürg Messmer Annahme der Wahl.

### **9.3. Wahl der zwei Stimmenzählerinnen/Stimmenzähler**

Marianne Zehnder schlägt namens der Fraktion Alternative-CSP Patrick Steinle zur Wahl des Stimmenzählers vor.

Urs Bertschi schlägt namens der SP-Fraktion Simone Gschwind zur Wahl vor.

Karl Kobelt schlägt namens der FDP-Fraktion die bisherige Stimmenzählerin Judith Müller erneut zur Wahl vor.

Weitere Nominierungen erfolgen nicht.

Die geheime Wahl gemäss § 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	38
Abgegebene Wahlzettel:	38
Leer:	0
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	38
Absolutes Mehr:	20

Gewählt ist mit 35 Stimmen Judith Müller.

Stimmen haben erhalten:

Patrick Steinle	15
Simone Gschwind	18

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass diese beiden Personen das absolute Mehr nicht erreicht haben und somit ein zweiter Wahlgang zu erfolgen hat.

Die geheime Wahl gemäss § 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ergibt für den zweiten Wahlgang folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	38
Abgegebene Wahlzettel:	38
Leer:	3
Ungültig:	1
In Betracht fallende Wahlzettel:	34
Absolutes Mehr:	18

Gewählt ist mit 18 Stimmen Simone Gschwind.

Weitere Stimmen hat erhalten:

Patrick Steinle	16
-----------------	----

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass sich gemäss § 25 der GO und §§ 3 und 6 der GSO des GGR der Stadt Zug der Rat durch diese Wahl konstituiert hat. Das Büro besteht somit für die Jahre 2009 und 2010 aus folgenden Personen:

- Ratspräsidentin Isabelle Reinhart
- Ratsvizepräsident Jürg Messmer
- Stimmzählerin Judith Müller
- Stimmzählerin Simone Gschwind
- Stadtschreiber Arthur Cantieni

### **Verabschiedung des Ratspräsidenten**

Isabelle Reinhart: „Am Schluss der letzten Novembersitzung hat Stefan mir schmunzelnd erklärt, dass er gerne nochmal zwei Jahre weitermachen würde. Aber eben, er sei halt gemäss GSO erst nach einer Pause von zwei Jahren wieder (zum Vizepräsidenten) wählbar. Ob es dazu kommen wird, das mag in den Sternen stehen. Doch dein Ausspruch war wohl gar nicht so wörtlich gemeint. Vielmehr wolltest du damit offenbaren, dass du dein Amt als Ratspräsident gerne ausgeübt hast. Und wir, der Rat, können dir nur beipflichten: Als besonnener Präsident hast du uns während zweier Jahre erfolgreich durch manche Debatte, zig Geschäfte und gar mit Bravour durch die 1. Lesung der Revision der Ortsplanung geführt. Die Mehrfachabstimmungen stellten für dich keine echte Hürde dar. Zielsicher hast du diese wie eine Spielerei gemeistert. Überhaupt hast du dein Amt mit Freude, Humor und Überzeugung ausgeübt, warst auch im Büro immer gut organisiert und zuverlässig. Mangels eines Vorbildes musstest du dir die Ratsführung selber beibringen, quasi autodidaktisch. Niemandem dürfte entgangen sein, dass Stefan stets vorbildlich vorbereitet war und deshalb die Sitzungen auch so ruhig und speditiv leiten konnte, - schlicht souverän. Wir haben dich selten aufbrausend erlebt. Aber etwas, das auch dir mal „dä Däckel glopft häd“, war, wenn sich jemand un-

einsichtig oder gar „trötzelnd“ verhielt, – Eigenschaften, die man für gewöhnlich bei kleinen Kindern toleriert, die aber eines vom Volk gewählten Ratsmitgliedes nicht würdig sind. Stefan hat seine Arbeit ohne grosses Aufheben ausgeübt. Nie hat er sich in den Vordergrund gestellt. Deine Lebenshaltung hast du in deiner Antrittsrede in der St. Oswaldskirche anlässlich der Vereidigung zu Beginn dieser Legislatur kund getan. Auch im täglichen Leben beweist du, dass du nicht nur Wasser predigst, sondern du bist auch bereit, Wasser zu trinken: Eine seiner Stärken ist, dass Stefan konsequent ist. Dein Konsequent-Sein hast du auch als eingeladener Vertreter der Stadt bei verschiedensten Anlässen gelebt: Wo andere sich in Schale geworfen haben, hast du dich als höchster Zuger nicht kostümiert. Nein, du bist dir schlicht treu geblieben. Stefan ist bereit, Konsequenzen zu tragen. Sehr eindrücklich lebst du dies, indem du seit Jahren und bei jedem Wetter mit dem Velo nach Arth zu deiner Arbeit fährst. Dein letztes Velo hat bei weitem das Auto eines jeden anderen überlebt. Kürzlich hast du dir gegönnt, ein neues zu kaufen. Wen wundert's, ein echtes Schweizer Produkt musste es sein! Stefan legt Wert auf Nachhaltigkeit und respektiert die Natur. Du pflegst in deiner Nachbarschaft in Oberwil einen kleinen Garten, der nicht dein eigen ist. Selbstverständlich hast du einen Schneckenzaun und streust keine Schneckenkörner aus. Deine Ernte fällt biologisch aus und bereichert eure Mahlzeiten. Das Gärtnern ist eines deiner Hobbys, das nicht das Ziel verfolgt, einen möglichst grossen Ertrag zu generieren. Du lässt gedeihen. Stefan, du wirst jetzt wieder vermehrt mehr Zeit zur Verfügung haben, für dich, deine Hobbys und für deine Familie. Deine schlanke Linie verrät, dass du dich nicht nur viel bewegt und gesund lebst, nein, du liebst auch die kulinarischen Freuden, die das Leben zu bieten hat. Damit die Früchte deines Gartens von allen geschätzt werden und den Höhepunkt auf eurem Familientisch finden, schenke ich dir ein Kochbuch für die Gemüseküche... Ich wünsche dir, dass du diese Auszeiten im Garten und am Herd in vollen Zügen geniessen kannst und viel Spass an weiteren, kulinarischen Höhenflügen findest. Last, but not least, bleibt noch zu erwähnen, dass du jetzt zwar leider wieder hinunter sitzen musst. Doch das bringt dir den wesentlichen Vorteil, dass du wieder mitreden kannst und dir auch mal leisten kannst, gedanklich abzuschweifen, wohin auch immer. Und uns allen bleibst du - das hast du mir versichert - erhalten als Anekdotensammler für den Samichlaus, eine Aufgabe von unschätzbarem Wert, die du damit weiterhin wahrnimmst. Danke, Stefan, dass wir mit dir eine so angenehme und reibungslose Zeit verbringen durften.“

Stefan Hodel: „Es ist bereits soweit: nach zwei Jahren muss ich - ob ich will oder nicht - die Leitung dieses Rates weitergeben. Als erstes Mitglied unserer Fraktion durfte ich Präsident des GGR sein. Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mehr als 1'000 Protokollseiten gefüllt, 22 Sitzungen abgehalten, die erste Lesung zur Ortsplanungsrevision ist unter Dach und Fach. Es gab in meiner Präsidentschaft auch schwierige Phasen. Einzelne Vertreter einer kleinen Partei haben mir immer sehr kritisch auf die Finger geschaut. Da war ich froh, dass ich schon bald erfahren durfte, dass die Arbeit von den allermeisten Ratsmitgliedern geschätzt wurde. Ich war gerne Präsident des Rates und gebe die Aufgabe aber auch gerne weiter an Isabelle. Du hast die beiden Lehrjahre genutzt und dich auf jede Sitzung vorbereitet, als ob du sie selbst leiten

müsstest. Ich bin sicher, dass du deine Arbeit sehr gut machen wirst. Du hast in deiner Rede gesagt, ich hätte die schlanke Linie erhalten können. Schuld daran ist vielleicht auch, dass ich nicht an jeden Aperó gegangen bin, an den ich eingeladen wurde. Zum neuen Vizepräsidenten: Lieber Jürg, du hast es also doch noch geschafft. Vor vier Jahren bist du bei der Wahl ins Vizepräsidium gegen mich angetreten. Dein Fraktionschef Roland Neuner hat damals vor der Wahl zu mir gesagt: na, Stefan, du bist noch jung, warte noch zwei Jahre! Du wurdest damals nicht gewählt, weil einer deiner Fraktionskollegen in der Budgetdebatte die Finanzen- und Ausgabenpolitik der Stadt als katastrophal bezeichnete. Aus dem Stadthaus werde das Geld haufenweise hinaus geworfen, sagte er damals. Dieser Fraktionskollege hat sich unterdessen auf Fallschirme spezialisiert. Du hast Geduld gehabt und hast es nochmals versucht und nun geschafft. Du bist heute immer noch jünger als ich es damals war. Einen besonderen Dank möchte ich aber an jemanden aussprechen, der hier im Rat nicht allzu oft spricht, aber eine der wichtigsten Rollen spielt. Wer zaubert im richtigen Moment noch eine Folie mit dem richtigen Beschlussesentwurf hervor, falls der Rat kreativ ist?: Präsidenten kommen und gehen, Wechsel gibt es auch im Stadtrat. Wer ist verantwortlich, dass die Kontinuität gewährleistet ist? Wer kennt sich aus in Gesetzen und gibt dem Ratspräsidenten im richtigen Moment den richtigen Tip? Es ist unser Stadtschreiber Arthur Cantieni. Ihm gehört der grosse Dank von uns allen für seine sehr gute Arbeit, die er Tag für Tag leistet und nicht nur einfach an einem halben Tag hier, wie das der Präsident macht. Ich danke euch allen, dass ich euer Präsident sein durfte. Ich werde nach vier Jahren den Blickwinkel wechseln und wieder in euren Reihen Platz nehmen. Hier vorne war es zwar ein guter Platz.“

Marianne Zehnder: „Lieber Stefan, deine Wahl zum Vizepräsidenten des GGR vor 4 Jahren, war für uns Alternative ein wichtiger Tag. Zum ersten Mal in der jungen Geschichte der Alternativen wurde eines ihrer Mitglieder zum Vizepräsidenten gewählt. Diese Wahl bedeutete für uns eine Ehre, eine Genugtuung und eine Anerkennung, auf dem Weg zur Akzeptanz der Grünen Politik in einer besonders wirtschaftsfreundlichen Stadt. Ämter, wie z.B. das des GGR-Präsidenten, werden immer wieder mit dem Wort Macht in Zusammenhang gebracht. Ränkespiele und Abmachungen im Vorfeld von Wahlen prägen darum diese oft mehr, als die Personen, die gewählt werden wollen oder sollen. Nicht selten geht es darum, Denkmittel zu verteilen oder Vorherrschaft zu demonstrieren. Auch vor 4 Jahren war deine Wahl – du hast es schon gesagt – nicht selbstverständlich. Die langjährigen GGR-Mitglieder erinnern sich sicher. Macht kommt von „machen“ hört man gemeinhin. Sprachwissenschaftlich gesehen stimmt dies allerdings nicht. Der Begriff Macht hat seine Wurzel in dem Zeitwort „mögen“. Dies ist in der Bedeutung von „können“ und „vermögen“ zu verstehen. Im Französischen kommt das klarer zum Vorschein: Macht wird hier mit „pouvoir“ also „können“, übersetzt. Macht haben bedeutet also, über die Möglichkeit zum Handeln zu verfügen. Ja – und das wissen wir – diese Möglichkeit des Handelns ist für einen GGR – Präsidenten nur beschränkt möglich. Hannah Arendt, eine deutsch-amerikanische Politologin, sieht Macht vorrangig als Verantwortung. Nach ihrer Definition entspricht Macht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit an-

deren zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Du hast das Amt des GGR-Präsidenten – oder eben die Macht in eben diesem Sinne verstanden. Das zeigte sich unter anderem daran, dass du uns im Verlaufe der Sitzungen immer wieder gefragt: „sind Sie damit einverstanden?“ In den vergangenen 2 Jahren hast du nun das Amt des höchsten Stadtzugers ausgeübt. Dieses Amt hast du mit viel Engagement und wie mir schien je länger je lieber geführt. Nicht dass du es geliebt hast den Rat an den verschiedenen Apéros zu vertreten, nein – dir war es wichtig dein Amt mit Sinn zu füllen. Und wir denken, dass du darum die eine oder andere schöne Erinnerung an diese Zeit mitnehmen wirst. Lieber Stefan – ohne die repräsentativen Verpflichtungen wirst du in Zukunft vielleicht wieder öfters am Abend zu Hause sein. Hier eine Flasche Wein nicht als Apéro – sondern für einen gemütlichen Abend im Fuchsloch. Für deine Arbeit bedanken wir uns herzlich. Einen Alternativen Tropfen möchten wir aber auch der neuen Präsidentin und dem neuen Vizepräsidenten überreichen. Wir hoffen, Sie werden ein gutes Team und führen den Rat mit viel Umsicht. Und wer weiss - vielleicht wirkt der Alternative Wein auch ein bisschen in Richtung Alternative Politik...?“

## 10. Mitteilungen

Ratspräsident Stefan Hodel bittet die Anwesenden, sich nun vor das Regierungsgebäude zu begeben, um mit musikalischer Begleitung zum Rathaus zu dislozieren.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:  
**Dienstag, 27. Januar 2009, 14.00 Uhr**

Für das Protokoll:  
Arthur Cantieni, Stadtschreiber